Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 218 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | Burscheid, Freitag, 16. September 1932 | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | 72. Jahrgang

Arbeitsbeschaffung, das Gebot der Stunde

Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit

Im Reichsanzeiger und im Reichsgesetzblatt erscheint eine Verordnung des Reichsarbeitsministers zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932, die gleichzeitig mit dieser Verordnung am 15. September in Kraft getreten ist.

Sie bringt nicht nur Durchführungsvorschriften über die Bestimmungen der selbständigen Betriebseinteilung, den Wert der Sachbezüge und den Kreis derjenigen Personen, die bei Vermehrung der Arbeiter und Angestellten nicht zu zählen, sondern gibt auch wichtige Ergänzungen. Insbesondere stellt sie die

Berechnung der vorhandenen Belegschaft und ihrer Vermehrung grundsätzlich auf die 40-Stunden-Woche

ab. Demgemäß wird eine Vermehrung der Arbeitnehmerzahl, die nur durch Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden erzielt ist, nicht angerechnet. Umgekehrt wird denjenigen Arbeitgebern, die in den Monaten Juni bis August durchschnittlich eine geringere als 36stündige Wochenarbeitszeit hatten, die Zahl der tatsächlich neu eingestellten Arbeitnehmer erhöht angerechnet. Dadurch wird die Ungerechtigkeit vermieden, daß Arbeitgeber, die bereits früher die Arbeit gestreckt hatten, jetzt schlechter gestellt werden als diejenigen, die durch Verminderung der Belegschaft eine volle Beschäftigung von 48 Stunden aufrecht erhalten haben. Ebenso wird vermieden, daß der Arbeitsverdienst der vorhandenen Arbeiter und Angestellten, der bei Verkürzung der Arbeitszeit naturgemäß schon eine Minderung erfährt, außerdem auf Grund der Verordnung durch Unterschreitung der tariflichen Sätze weiter verkürzt werden kann. Eine solche doppelte Kürzung würde nur in den Fällen eintreten, in denen ein Betrieb so viele Arbeitnehmer neu einstellte, daß dadurch nicht nur die Kürzung der Arbeitszeit ausgeglichen würde, sondern darüber hinaus eine Vermehrung der Beschäftigung einträte. Damit ist auch der Gefahr vorgebeugt, daß infolge Kürzung der Arbeitszeit trotz Vermehrung der Belegschaft eine Minderung der Gesamtlohnsumme eintritt. Ein genügender Anreiz für die Arbeitgeber, auch bei unverändertem Arbeitsbedarf zur 40-Stundenwoche überzugehen und die Zahl der Arbeitnehmer zu vermehren, bleibt erhalten, weil in Aussicht genommen ist, bei der Gewährung von Steuergutscheinen für die Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern von einer Verknüpfung mit der Beschäftigungszeit Abstand zu nehmen. Die 400 RM. nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932 Erster Teil Kapitel I wird der Arbeitgeber also auch dann erhalten, wenn die Vermehrung seiner Belegschaft nur auf einer Verkürzung der Beschäftigungsdauer und nicht auf einer Steigerung der Produktion beruht.

Außer diesen allgemeinen Vorschriften werden im Reichsarbeitsministerium noch besondere Bestimmungen zur Durchführung der Verordnung vom 5. September bei Akkordlöhnen und in der Seeschiffahrt vorbereitet. Ihre Veröffentlichung ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Die Ausführungsvorschriften über die Steuergutscheine erscheinen in der nächsten Woche.

Der Wortlaut der Verordnung:

Auf Grund der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 RG. Bl. I (S. 433) § 13 Abs. 2 wird verordnet:

§ 1. Als „Betriebsleitungen" gelten nur selbständige Betriebsteile im Sinne der Verordnung über Betriebsstillegungen und Arbeitsstreckung vom 15. Oktober 1923 (Rg. Bl. I S. 983).

§ 2. (1) Bei der Bemessung des Umfanges der Vermehrung der Arbeiter oder Angestellten sind hinsichtlich der Bemessungsgrundlage wie hinsichtlich des jeweiligen Arbeitnehmerstandes auch solche Arbeitnehmer mitzuzählen, die auf Grund eines planmäßigen Austausches (Krümpersystem) zeitweise die Arbeit aussetzen.

(2) Nicht mitzuzählen sind:

a) der Ehegatte des Arbeitgebers sowie Personen, die mit dem Arbeitgeber im ersten oder zweiten Grade verwandt oder verschwägert sind;

b) Hausgewerbetreibende einschließlich der Heimarbeiter;

c) Arbeitnehmer, deren Beschäftigung unständig im Sinne der Reichsversicherungsordnung § 441 ist;

d) Arbeitnehmer, die ausschließlich oder überwiegend auf Provision, Bedienungsgeld oder ähnliche Bezüge angewiesen sind, wenn ihnen ein dem Abs. 2 b) entsprechender Betrag als Mindestverdienst zugesichert ist;

e) Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst 8400 RM. übersteigt;

f) Lehrlinge und Volontäre.

(3) Außerdem sind von den nach dem 5. September 1932 neu eingestellten Arbeitnehmern nicht mitzuzählen:

a) Arbeiter oder Angestellte, die nicht mindestens 40 Stunden in der Woche, oder, falls die Arbeiter- oder Angestelltenschaft des Betriebes oder der Betriebsabteilung im Durchschnitt kürzer arbeitet, nicht mindestens während dieser Durchschnittsdauer beschäftigt werden;

b) Arbeitnehmer, deren Lohn oder Gehalt nicht einem für gleichartige Arbeit im Betrieb geltenden Tarifsatz entspricht, oder, mangels eines solchen Tarifsatzes, nicht mindestens dem Ortslohn (Reichsversicherungsordnung § 149) gleichkommt. Als Tarifsätze im Sinne dieser Vorschrift gelten die im Tarifvertrag vorgesehenen Sätze unter Abzug der in der Verordnung vom 5. September 1932 oder in anderen gesetzlichen Vorschriften zugelassenen Unterschreitungen.

§ 3. Im Falle des Krümpersystems ist die wöchentliche Arbeitszeit der Arbeiter oder Angestellten nach ihrer durchschnittlichen Arbeitszeit unter Einrechnung der Zeit des Aussetzens zu berechnen. Eine durchschnittliche Berechnung der wöchentlichen Arbeitszeit findet auch dann statt, wenn in einem Betriebe oder in einer Betriebsabteilung die Arbeit derart gestreckt wird, daß planmäßig auf die einzelnen Wochen eine verschiedene Zahl von Arbeitsstunden entfällt.

§ 4. Grundlage für die Bemessung der Erhöhung der Arbeiter- oder Angestelltenzahl (Verordnung vom 5. September 1932 § 1 Abs. 1 und 3) ist die Zahl der am 15. August oder im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932 beschäftigten Arbeiter oder Angestellten. Hat die Arbeiterschaft oder hat die Angestelltenschaft eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt mehr als 40 Stunden wöchentlich gearbeitet, so ist im Falle einer Verringerung der Arbeitszeit von einer erhöhten Bemessungsgrundlage auszugehen. Die Erhöhung berechnet sich nach dem Verhältnis der eingetretenen Verringerung der Wochenarbeitsstunden zur Zahl der jeweiligen Wochenarbeitsstunden. Dabei bleibt ein Herabgehen unter 40 Wochenarbeitsstunden außer Betracht.

§ 5. (1) Hat die Arbeiterschaft oder hat die Angestelltenschaft eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt nicht mehr als 36 Stunden wöchentlich gearbeitet, so ist der Arbeitgeber berechtigt, bei der Bemessung des Umfanges der Vermehrung der Arbeiter oder Angestellten die Zahl der tatsächlich neu eingestellten Arbeiter oder Angestellten um ein Drittel erhöht anzurechnen.

(2) Er darf die Zahl der neu eingestellten Arbeiter oder Angestellten um zwei Drittel erhöht anrechnen, wenn die Arbeiter- oder Angestelltenschaft während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich, er darf die Zahl doppelt anrechnen, wenn sie nicht mehr als 24 Stunden wöchentlich gearbeitet hat.

§ 6. (1) Uebersteigt der Lohn- oder Gehaltssatz eines Arbeitnehmers den zuständigen tarifvertraglichen Satz, so ist die zulässige Unterschreitung von demjenigen Teilbetrag zu rechnen, der dem tarifvertraglichen Satz entspricht.

(2) Sachbezüge, Aufwandsentschädigungen, Familienzuschläge und ähnliche Vergütungen sind nicht als Lohn oder Gehaltssätze anzurechnen.

§ 7. Als „Wochenarbeitsstunden" gelten auch die an Sonn- und Feiertagen geleisteten Arbeitsstunden.

§ 8. Für den Wert von Sachbezügen sind, soweit nicht ein Tarifvertrag etwas anderes vorschreibt, die Festsetzungen der Versicherungsbehörden nach der Reichsversicherungsordnung § 160 Abs. 2 maßgebend.

§ 9. Die Verordnung tritt am 15. September 1932 in Kraft.

Berlin, den 14. September 1932.

Der Reichsarbeitsminister:
gez. Schäffer.

Innenpolitisches

Beleidigungsklage des Reichstagspräsidenten gegen den Reichskanzler

Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. erfährt, hat Reichstagspräsident Göring den Rechtsanwalt Dr. Frank II beauftragt, gegen den Reichskanzler von Papen Privatklage zu erheben und Strafantrag zu stellen wegen der vom Reichskanzler bei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich erhobenen Vorwürfe, daß Reichstagspräsident Göring bewußt verfassungswidrig gehandelt habe, als er im Verlaufe der Reichstagssitzung am Montag dem Reichskanzler das Wort nicht gegeben habe. Insbesondere werde die Beleidigung darin erblickt, daß der Reichskanzler in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten vom 12. September sagt, die Wortversagung wäre ein schwerer Verstoß gegen die Verfassung, weiter darin, daß der Reichskanzler in seiner Rundfunkrede in weitester deutscher Oeffentlichkeit dem Reichstagspräsidenten den Vorwurf bewußt verfassungswidriger Haltung macht und endlich darin, daß der Reichskanzler in der amtlichen Erklärung der Reichsregierung vom 13. September dem Reichstagspräsidenten wiederum öffentlich den Vorwurf des Mißbrauches der Verfassung zum Nachteil der Reichsregierung macht.

In der Klage, die am Donnerstag eingereicht worden ist, wird betont, daß Göring bei Uebernahme des Amtes des Reichstagspräsidenten sich verpflichtet habe, sein Amt in Uebereinstimmung mit der Verfassung auszuüben. Er erblicke daher in den Aeußerungen des Reichskanzlers eine seine persönliche Ehre schwer kränkende Kundgebung.

Der Ueberwachungs-Untersuchungsausschuß

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages, der am Mittwoch beschlossen hat, die Rechte des Untersuchungsausschusses in Anspruch zu nehmen und eine Untersuchung über die tatsächlichen Vorgänge in der Reichstagssitzung vom 12. September durchzuführen, ist bisher, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, zu einer neuen Sitzung noch nicht einberufen worden. Die jetzige Aufforderung des Ausschusses soll an die Minister ergehen, in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger zur Aussage über Tatsachen, nicht zur Stellungnahme zu politischen Fragen. In sozialdemokratischen Kreisen wendet man sich gegen die Mitteilungen, daß die Parteien, die der Einsetzung des Ueberwachungsausschusses als Untersuchungsausschuß nicht zugestimmt haben, also Sozialdemokraten, Zentrum, Bayer. Volkspartei und Deutschnationale, an den weiteren Verhandlungen sich nicht beteiligen würden und daß auch der Abg. Löbe nicht den Vorsitz führen werde. Diese Mitteilungen beruhen, soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, auf Kombinationen. Die Sozialdemokratie habe zwar die Untersuchung als überflüssig angesehen, ihre künftige Stellung im Ausschuß werde sie aber davon abhängig machen, wie sich die Reichsregierung einerseits und die nationalsozialistisch-kommunistische Mehrheit andererseits verhalten werde.

Landtagssitzung voraussichtlich am 21. September

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, kann es jetzt als feststehend betrachtet werden, daß der Preußische Landtag am kommenden Mittwoch, dem 21. September, zu seiner nächsten Plenarsitzung zusammentritt. Der Tagungsabschnitt dürfte nur kurz sein, evtl. nur zwei Sitzungstage umfassen. Es gilt als so gut wie ausgeschlossen, daß noch ein früherer Termin gewählt werde. Die Tagesordnung soll erst in den nächsten Tagen den Mitgliedern zugestellt werden. Nach dem gegenwärtigen Stande wird in parlamentarischen Kreisen nicht damit gerechnet, daß bereits am 21. September die Wahl eines Ministerpräsidenten vorgenommen werde. Voraussichtlich wird die Tagesordnung u. a. Anträge auf Durchführung der Gemeindewahlen am 1. Oktober enthalten, sowie die Beendigung der Debatte über Bergwerksfragen. Dagegen wird nicht angenommen, daß die geplant gewesene allgemeine Aussprache über politische Zusammenstöße schon im nächsten Tagungsabschnitt erfolgt.

Der Zwangsvollstreckungsschutz für die Landwirtschaft

Das Wolffbüro meldet: Der Landwirt genießt nach den Notverordnungen vom 8. Dezember vor. Jahres und 14. Juni d. J. unter gewissen Voraussetzungen Schutz gegen Zwangsvollstreckungen für bestimmte Gegenstände seines beweglichen Vermögens. Zu diesen Gegenständen gehören insbesondere das landwirtschaftliche Inventar, die Erzeugnisse des Grundstücks sowie Forderungen aus der Lieferung von Milch oder Milcherzeugnissen. Voraussetzung des Schutzes ist u. a., daß der Schuldner der gegen die Vollstreckung geschützten Sachen und Forderungen bedarf, um seine Wirtschaft bis zur Ernte ordnungsmäßig fortzuführen. Es sind Zweifel darüber entstanden, wie hiernach der Zwangsvollstreckungsschutz zeitlich abzugrenzen ist. Da der Zweck der Schutzbestimmung ist, die Durchführung der Erntearbeiten und die Einbringung der Ernte zu sichern, wird man annehmen müssen, daß der Vollstreckungsschutz bis zum völligen Abschluß der Einbringung der Ernte gilt.

Vor dem Rücktritt des Chefs der Marinestation der Ostsee



Der Chef der Marinestation der Ostsee, Vizeadmiral Hansen (X), der am 1. Oktober aus der Reichsmarine scheidet, besichtigte dieser Tage zum letztenmal die Marinegarnison Swinemünde

Die Wohlfahrtserwerbslosenlasten der Kommunen

Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, sind am 31. August in den Städten mit über 25000 Einwohnrn (mit zusammen rund 25 Millionen Einwohnern) 1580000 laufend unterstützte Wohlfahrtserwerbslose gezählt worden. Gegenüber dem Vormonat bedeutet dies eine Zunahme um 30000.

Für die Gesamtheit der Gemeinden ist für Ende August mit rd. 2450000 Wohlfahrtserwerbslosen zu rechnen.

Der Evgl. Reichselternbund verlangt die Konfessionsschule

Der Evang. Reichselternbund hat, Berliner Blättern zufolge, an den Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl ein Schreiben gerichtet, das sich vor allem mit der Frage des Reichsschulgesetzes beschäftigt.

Nach Auffassung der evangel. Elternschaft bedeute es eine „Ueberspitzung des Toleranzgedankens", wenn wegen Minderheiten, die zahlenmäßig für das Volksganze von ganz geringer Bedeutung seien, die christliche Grundlage des deutschen Schulwesens aufgegeben werde. Der Gedanke der christlichen Erziehung lasse sich auf die Dauer mit Erfolg nicht in einer christlichen Gemeinschaftsschule, sondern unter Anpassung an die deutschen Gegebenheiten allein in der Bekenntnisschule verwirklichen.

Das Schreiben verlangt ferner in Preußen „die Ablösung einzelner für ein christliches Schulwesen nicht länger tragbarer Persönlichkeiten" in der Schulverwaltung und Schulaufsicht.

Der deutsche Außenhandel im August 1932

Die Einfuhr, die im August 331 Millionen RM. beträgt, ist gegenüber dem Vormonat um 35 Millionen RM. zurückgegangen. Den stärksten Anteil an diesem Rückgang haben mit einer Abnahme um 24 Millionen RM. die Lebensmittel. Die Ausfuhr beträgt im August 428 Millionen RM. und hat gegenüber dem (berichtigten) Juli-Ergebnis um 2,5 Millionen RM. abgenommen. Einem Rückgang der Fertigwarenausfuhr um fünf Millionen RM. steht dabei eine Zunahme der Lebensmittelausfuhr um 2½ Millionen RM. gegenüber. Die Handelsbilanz schließt im August mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 97 Millionen RM. gegenüber 65 Millionen RM. im Juli ab.

Die Unterstützungsleistungen der Hindenburg-Spende

Die Hindenburg-Spende, zu deren Unterstützung Reichsregierung und Länderregierungen anläßlich des bevorstehenden 85. Geburtstages Hindenburgs aufgerufen haben, veröffentlicht eine Aufstellung über die von ihrer Geschäftsstelle bis zum 15. September 1932 in etwa 30 000 Einzelfällen bewirkten Unterstützungsleistungen. Die nachstehende Tabelle gibt die Beträge wieder, die seit 1927 auf die einzelnen Landesteile entfallen sind:

Provinz Ostpreußen	197 410	RM.
Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen	35 190	„
Provinz Pommern	168 330	„
Stadt Berlin	331 475	„
Provinz Brandenburg	184 090	„
Provinz Oberschlesien	105 290	„
Provinz Niederschlesien	258 060	„
Provinz Sachsen	260 340	„
Provinz Schleswig-Holstein	113 330	„
Herzogtum Lauenburg	10 730	„
Provinz Hannover	217 740	„
Provinz Westfalen	286 125	„
Rheinprovinz, Hessen-Nassau	195 765	„
Freistaat Bayern	503 945	„
Freistaat Sachsen	384 845	„
Freistaat Württemberg	159 390	„
Freistaat Baden	155 045	„
Freistaat Thüringen	115 295	„
Freistaat Hessen	102 170	„
Freie Hansastadt Hamburg	74 160	„
Freistaat Mecklenburg-Schwerin	56 255	„
Freistaat Oldenburg	53 540	„
Freistaat Braunschweig	44 965	„
Freistaat Anhalt	29 000	„
Freie Hansastadt Bremen	24 630	„
Freistaat Lippe	13 980	„
Freie Hansastadt Lübeck	14 900	„
Freistaat Mecklenburg-Strelitz	14 170	„
Freistaat Schaumburg-Lippe	7 910	„
Danzig, Eupen-Malmedy, Memel und Saargebiet	74 820	„
Ausland	94 285	„

120 Tote beim Militärzugunglück in Algerien

Die Zahl der Todesopfer des Militärzugunglücks bei Tlemcen in Algerien wird — wie Havas aus Oran meldet — auf 120 geschätzt, die der Verletzten, unter denen sich sehr viele Schwerverletzte befinden, auf 150. Da die Wagen quer und untereinander festgeklemmt in der Schlucht liegen, ist die Bergung der Opfer sehr schwierig. Außerdem sind die Verkehrsmöglichkeiten zur Unfallstelle äußerst ungünstig.

Der Führer des Aufstandes in Chile verhaftet

Nach einer Havasmeldung aus Santiago wird offiziell mitgeteilt, daß die Regierungstruppen den Flugpark der Aufständischen eingenommen haben. Der Aufstandsführer, Fliegeroberst Merino Benitez, sei verhaftet und nach Santiago gebracht worden.

Aus dem Parteileben

Tagung des Zentrumsvorstandes

Ueber eine Tagung des Zentrumsvorstandes wird ein Bericht ausgegeben, dem wir entnehmen:

Die Sitzung wurde eingeleitet durch eine kurze Ansprache des Parteivorsitzenden **Prälat Dr. Kaas**, der den anwesenden früheren Reichskanzler Dr. Brüning herzlich begrüßte und im einzelnen ausführte: Bereits der letzte Wahlkampf ist gegen unseren Willen und gegen unseren Rat entfesselt worden. Die Versuche der Regierung, mit den Hauptsiegern des letzten Wahlkampfes die Voraussetzung für ein stabiles politisches Weiterarbeiten zu schaffen, sind nach kurzen Anläufen zusammengebrochen. Erst in diesem Augenblick hat die Zentrumspartei in staatspolitischem Pflichtgefühl den Versuch unternommen, aus der Volksvertretung heraus eine arbeitsbereite Mehrheit zur Stützung einer autoritären Staatsführung zu bilden. In dem Augenblick, wo im Gefolge dieser Bemühungen der aus den letzten Wahlen hervorgegangene Reichstag „drohte", arbeitsfähig zu werden, sah das Kabinett von Papen ihn als seinen Feind an und beschloß, den im Werden begriffenen Sammlungsprozeß durch eine nochmalige Auflösung zu unterbrechen. Niemals hat eine Regierung von dem angerufenen Volkswillen eine so vernichtende Antwort erhalten, wie die in der denkwürdigen Montagssitzung, in der das „Kabinett der „nationalen Konzentration" ausgerechnet 42 Stimmen auf sich „konzentrierte". Wir sind jederzeit bereit, ehrlich an der organischen Ausgestaltung der Verfassung mitzuarbeiten. Denen aber, die mehr an das Zerstören als an das Ausbauen denken, werden wir als Verteidiger der Volksfreiheit und eines gesunden Fortschrittes nachdrücklichst entgegentreten.

Die Ausführungen des Parteivorsitzenden wurden mehrfach von starkem Beifall unterbrochen.

Sodann erhielt der geschäftsführende Parteivorsitzende **Abg. Joos** das Wort zu einem Vortrag über die politische Lage. Er betonte u. a.: Prälat Kaas hat seinerzeit den mit dem Kabinettswechsel eingeschlagenen politischen Weg als einen Irrweg bezeichnet. Die Ereignisse haben ihm recht gegeben. Wer die Reichsregierung davon abhalten sollte, einen falschen Weg weiterzugehen, der müßte gewissenhaft alle Möglichkeiten überprüfen, die zur Bildung einer wirklich verfassungsmäßigen Regierung führen konnten. Unser Ziel war Schaffung von Möglichkeiten, eine Regierung zu bilden, die sich auf eine Parlamentsmehrheit stützen, Vertrauen im Volk haben und die volle Innehaltung der Verfassung garantieren konnte. Wir haben deutlich sichtbar werden lassen, daß in keinem Zeitpunkt der Verhandlungen der Gedanke eines einseitigen Parteienkabinetts vorschwebte, daß wir im Gegenteil nach einer Lösung suchten, die eine starke Staatsführung ermöglichte. Unser Ziel war bei allseitigem guten Willen die Erreichung. Es wäre auch erreicht, hätte sich die Reichsregierung darum ernsthaft bemüht. Hinsichtlich der Zusammensetzung einer neuen Reichsregierung war man sich nicht im Zweifel über das entscheidende Recht, das dem Herrn Reichspräsidenten zusteht. Und was das Programm praktischer Arbeitsbeschaffung betraf, so hatten sich die Sachbearbeiter beiderseits auf Richtpunkte geeinigt, die gesunden wirtschaftlichen Grundsätzen gemäß waren. So hätte eine Verständigung zwischen Reichspräsidenten und Reichstag zustande kommen können. Wir beobachten mit großer Besorgnis, wie weit die gegenwärtige Reichsregierung in der Anwendung höchst umstrittener staatsrechtlicher Konstruktionen zu gehen gedenkt. Im Hinblick auf das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung haben wir unsere begründeten Zweifel. Arbeitsbeschaffung ist gewiß nicht Reaktion. Aber reaktionär ist ganz gewiß, wenn man subventioniert, ohne damit tatsächlich die Arbeit zu schaffen, die man verspricht.

Sodann folgte ein Bericht des **Abg. Dr. Dessauer** über das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung.

An der Aussprache beteiligte sich u. a. auch der frühere Reichskanzler Dr. Brüning durch Behandlung einiger schwebender wichtiger politischer Fragen. Nach der sehr eingehenden Aussprache schloß der stellvertretende Vorsitzende Joos die Sitzung mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß das Zentrum getreu seiner alten Tradition in den Wohlkampf ziehen werde

Der „Völkische Beobachter" gegen den Ertüchtigungserlaß der Reichsregierung

Zur Berufung des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung erklärt der „Völkische Beobachter", es werde notwendig sein, diese neue Gründung der Reichsregierung mit dem in solchen Fällen gebotenen Mißtrauen zu beobachten. Aus den vorsichtigen Andeutungen gehe hervor, daß das Reichskuratorium eine Behörde werden soll, die sich vor allem für die politischen Verbände zu interessieren habe. Wie man es sich allerdings in den Kreisen der Regierung vorstelle, etwa marxistische und nationalsozialistische Organisationen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, bleibe ein Geheimnis. Wenn die Regierung glaube, mit ihrer Neugründung so etwas wie einen „staatlich konzessionierten Wehrverband" etwa gegen die SA. aufziehen zu können, so werde das Ergebnis negativ sein.

„Bürgerliche Vereinigung für Handwerk, Handel und Gewerbe"

Aus Kreisen der Wirtschaftspartei wird dem Nachrichtenbüro des VDZ. geschrieben:

Am 12. September fand in der Berliner Handwerkskammer eine Versammlung von Angehörigen des bürgerlichen Mittelstandes von Groß-Berlin und aus der Provinz Brandenburg statt, die äußerst gut besucht war. Die Versammlung beschäftigte sich mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage und kam zu dem Ergebnis, daß nach dem bedauerlichen Versagen der politischen Parteien ein Zusammenschluß des bürgerlichen Mittelstandes auf neutraler wirtschaftlicher Grundlage erfolgen müsse. Von einigen Rednern wurde betont, daß der Grundgedanke der Wirtschaftspartei an sich gut gewesen sei, und daß ihre Ziele auch heute noch in vollem Umfange vertreten werden könnten. Leider sei auch diese Partei das Opfer nicht nur der politischen Entwicklung, sondern auch eigener Fehler in personeller und politischer Hinsicht geworden.

Es wurde beschlossen, sofort die Grundlage für eine neue Sammlung der bürgerlichen Mittelschichten auf wirtschaftlicher Basis zu schaffen. Einstimmig wurde die Gründung dieser Organisation vorgenommen, die den Namen „Bürgerliche Vereinigung für Handwerk, Handel und Gewerbe" trägt. Ein Arbeitsausschuß wurde eingesetzt, der die notwendigen Vorarbeiten leisten soll, bis auf der demnächst stattfindenden Generalversammlung die endgültige Führung gewählt wird. Dem Arbeitsausschuß gehören namhafte Vertreter der genannten Berufsschichten an. Die vorgelegten Satzungen wurden ebenfalls einstimmig angenommen. Die Bürgerliche Vereinigung wird sich an alle Kreise der bürgerlichen Mittelschichten wenden und sie zum Anschluß auffordern.

Die DVP. für nationalen Wahlblock

Der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, sprach vor einer Vertrauensmännerversammlung der Berliner Parteiorganisation. Die Deutsche Volkspartei, so führte der Redner aus, unterstützt einmütig den Gedanken einer überparteilichen Regierung, die auf das Vertrauen des Reichspräsidenten gegründet ist, und die mit starker Hand die Führung auf dem Wege der Reform ergreift. Deshalb fordert sie für die nächsten Wahlen die Unterstützung dieser Politik und bei aller Betonung der eigenen Parteigrundsätze den gemeinsamen Aufmarsch aller Parteien, die sich hinter das Präsidialprogramm gestellt haben und es weiter unterstützen wollen. Der Parteivorstand habe sich einstimmig für die Bildung eines deutschen nationalen Wahlblockes ausgesprochen.

„Graf Zeppelin" in Pernambuco

Havas meldet unterm 15. Sept. aus Pernambuco, daß „Graf Zeppelin" um 19.15 Uhr dort eingetroffen ist.

Kundgebung christlicher Gewerkschaften

In Essen fand eine Versammlung der auf christlichem Boden stehenden Metallarbeiter statt, an der Vertreter verschiedener Gewerkschaften, der Volksbank, des Konsumvereins Wohlfahrt und konfessioneller Arbeitervereine ebenfalls zahlreich teilnahmen.

Verbandsredakteur **Wieber-Duisburg** sprach zu dem Thema: „Der Notschrei der christlichen Arbeiterschaft". Die christliche Arbeiterschaft, so sagte er, lehne eine Präsidialregierung ab, die einseitig zusammengesetzt sei, und daher nur einseitige Interessen vertreten könne. Die Regierung Papen wolle einen Aufstieg der Nation allein auf Kosten der handarbeitenden Schichten erzwingen. Aber der Versuch, eine Lohnsenkung zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit im Durchschnitt von 12,5 Prozent, eine Lohnsenkung zur Erhaltung gefährdeter Betriebe bis 20 Prozent des Tariflohnes, eine Auflockerung des Tarifwesens durchzuführen, an dessen Ende der Wille stehe, wieder zu Einzelarbeitsverträgen zu kommen, bedeute eine außerordentliche Gefährdung der Konsumkraft des deutschen Volkes. Die christliche Arbeiterschaft wendet sich, so führte der Redner u. a. weiter aus, schärfstens gegen diese Einseitigkeiten. Sie wird die Notverordnung vom 4. Sept. mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, die berechtigt sind, bekämpfen.

Nach diesen mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen gab dann noch Gewerkschaftssekretär **Gröne** als Parole für einen eventuellen neuen Wahlkampf aus: Im Wahlkampf gilt für uns christliche Arbeiter die Parole für ein freies unabhängiges Deutschland, für Gleichberechtigung und Mitbestimmungsrecht des Arbeiterstandes im wirtschaftlichen, sozialen, politischen und gesellschaftlichen Leben, für gerechte Behandlung der Arbeiter, für den christlichen, für den sozialen Volksstaat.

Antrag der NSDAP. und der KPD. auf Auflösung des Danziger Volkstages

Der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung des Danziger Volkstages ist am Donnerstag dem Volkstagspräsidenten überreicht worden. Da für diesen Antrag 15 Stimmen notwendig waren, die Nationalsozialisten aber nur über 13 Stimmen verfügten, haben die sieben kommunistischen Abgeordneten den nationalsozialistischen Antrag mitunterzeichnet, sodaß der Antrag mit 20 Stimmen gestellt ist. Ueber den Antrag wird in einer der nächsten Sitzungen des Volkstages abgestimmt werden. Ob er angenommen wird, hängt von der Haltung der Sozialdemokraten ab. Die bürgerlichen Parteien werden, so meldet die Tel.-Union, schon im Hinblick auf die bevorstehenden wichtigen Genfer Entscheidungen betreffend die Gdinger Frage usw. gegen den nationalsozialistischen Antrag stimmen.

Gleichberechtigungs-Debatte

Der Reichsaußenminister über Deutschlands Recht auf Sicherheit

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath ist mit einer kurzen Ansprache im Rahmen der Ufa- und Deuligton-Woche zu hören, die Deutschlands militärische Gleichberechtigungsforderung kurz auseinandersetzt. Wir können unmöglich die radikalen Bindungen unserer Wehrfreiheit weiter tragen, sagt der Reichsaußenminister u. a., wenn die anderen Staaten sich weigern, ihre Verpflichtungen zur allgemeinen Abrüstung zu erfüllen.

Der Aufklärungsausschuß für nationale Sicherheit

hat an den Reichsminister des Auswärtigen von Neurath ein Schreiben gerichtet, das sich mit der deutschen Denkschrift zur Gleichberechtigung und der französischen Antwortnote beschäftigt. In dem Schreiben heißt es u. a.: Wir erwarten, daß die deutsche Reichsregierung unzweideutig daran festhält, daß für Deutschland unter keinen Umständen eine Stellung minderen Rechtes in Frage kommt. Auch mit einer lediglich theoretischen Anerkennung seiner Gleichberechtigung kann Deutschland sich nicht zufrieden geben. Voraussetzung für weitere Verhandlungen ist das Zugeständnis der vollkommen praktischen Gleichberechtigung.

Englands Politik

„Daily Expreß" erfährt, daß die britische Regierung im Begriff sei, eine Vertagung der Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz nach dem Zusammentritt am 21. September vorzuschlagen. Danach soll zwischen den Hauptmächten eine Beratung stattfinden, an der wahrscheinlich die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Belgiens und Polens teilnehmen werden, die ja auf jeden Fall wegen der Session des Völkerbundsrates und der Abrüstungsverhandlungen in Genf sein würden. Die Initiative zu diesem Vorschlag soll von Macdonald kommen.

Das Blatt erklärt, es verlaute, daß die jetzt von der britischen Regierung formulierte Politik in der Hauptsache darin besteht, Deutschland im Prinzip die Gleichberechtigungsstellung zu gewähren, womit zunächst eine Vereinbarung verknüpft wäre, durch die Deutschland sich verpflichten würde, tatsächlich nicht aufzurüsten und dann eine Abrüstungskonvention, in der sich die anderen Mächte verpflichten würden, in weitergehendem Maße abzurüsten, als sie es bisher getan haben.

Bedeutsame Rede Hendersons zu Deutschlands Forderung

Bei einem Frühstück des englischen Friedens-ausschusses, dessen Vorsitz Lord Cecil führte, hielt Henderson eine Rede über die Abrüstungsfrage.

Er könne, so sagte Henderson, nicht glauben, daß die sich in wenigen Tagen in Genf versammelnden Staatsmänner die Verantwortung übernehmen wollten, das allgemeine Wettrüsten und die durch das Vorhandensein großer Armeen unvermeidliche Kriegsgefahr zu ermutigen. Ein Scheitern der Abrüstungskonferenz würde ein großes Unglück für Europa und die Welt bedeuten. Die deutsche Gleichberechtigungsforderung werde die Abrüstungskonferenz vor die schlimmste Entscheidung stellen. Ein Sichzurückziehen Deutschlands von der Abrüstungskonferenz wäre der schlechteste Weg, den Deutschland im gegenwärtigen Augenblick einschlagen könne.

Er glaube, daß die deutsche Forderung auf der Abrüstungskonferenz mit gutem Willen und Versöhnungsgeist zum Vorteil nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas und der ganzen Welt behandelt werden könne.

Auf der Abrüstungskonferenz besteht starke Stimmung zu Gunsten der deutschen Forderung.

Warum, so sagte Henderson, sollten die alliierten und assoziierten Mächte nicht erklären, es sei ihre Absicht, Deutschland von seiner Lage der Minderwertigkeit zu befreien und ihm die Stellung der militärischen Gleichberechtigung wieder zu geben?

Kursänderung der Franzosen?

Der Pariser Korrespondent der „Times" zitiert eine Stelle aus der französischen Antwortnote auf die deutsche Denkschrift, in der von dem Streben nach allgemeiner und regulierter Abrüstung die Rede ist, und meint, diese Stelle scheine auf eine Kursänderung hinzudeuten. Er begründet diese Ansicht damit, daß die zitierte Stelle der Theorie von Abrüstung und Sicherheit widerspreche, die bisher die der offiziellen französischen Politik gewesen sei. Der Grundsatz allgemeiner und regulierter Abrüstung, fährt der Korrespondent fort, sei bei den letzten Wahlen von der großen Mehrheit der Parteien der Linken angenommen worden. Jetzt sei er in einer so verpflichtenden Erklärung, wie sie eine Regierungsnote an eine fremde Macht sei, schriftlich fixiert worden.

Der Pariser Korrespondent der „Morning Post" spricht ebenfalls von der Möglichkeit einer Modifikation der französischen Haltung in der Abrüstungsfrage. Er verweist auf einen Artikel der „Republique" und meint, es sei wichtig, daß der an und für sich nicht neue Gedanke, den das Blatt erörtert, gerade jetzt von dem Hauptorgan der Mehrheit verkündet werde. Man dürfe also annehmen, daß es bis zu einem gewissen Grade die Ansichten der Führer der Mehrheit bringe. Diese Annahme werde bestärkt durch die Tatsache, daß man kürzlich öfter Fühler nach

den Vereinigten Staaten ausgestreut habe, um sich einer Unterstützung gegen einen evtl. Angreifer zu vergewissern. Wie weit die Aenderung in der Auffassung gehe, werde sich nach der Präsidentenwahl zeigen, aber es scheine, daß die französische Regierung allmählich den Begriff „Sicherheit" weniger militärisch aufzufassen geneigt sei.

Andere französische Stimmen

Aus Paris wird berichtet: Die Aufmerksamkeit der französischen Presse ist gegenwärtig auf England gerichtet, und andauernd werden Gerüchte verzeichnet, daß England eine Initiative in der durch die deutsche Denkschrift und die französische Antwort aufgeworfenen Frage zu ergreifen beabsichtige. Man spricht hier viel von einem englischen Kompromißvorschlag, der darauf hinauslaufe, Deutschland grundsätzlich die Gleichberechtigung zuzuerkennen gegen die Verpflichtung, von ihr de facto keinen Gebrauch im Sinne der Aufrüstung zu machen. Gegen diese Formel wendet sich bereits ein Teil der Presse mit schärfstem Protest. „Journal" erklärt, dies würde auf nichts anderes als auf eine Schwächung Frankreichs hinauslaufen. Herriot dürfe sich nicht darauf einlassen. „Temps" glaubt nicht an die praktische Wirksamkeit eines derartigen Vorschlages, warnt aber davor, allen diesen Nachrichten eine zu große Bedeutung beizumessen, weil sie auf nicht verantwortliche Kreise zurückgingen. Das gelte auch von der Nachricht der eventuellen Einberufung einer Konferenz der europäischen Hauptmächte. Das Blatt ist im übrigen davon überzeugt, daß die französische Note allenthalben, abgesehen von Berlin, eine günstige Aufnahme gefunden habe.

Der amerikanische Finanzminister über die Frage des Zahlungsaufschubs

Einer Reutermeldung aus Washington zufolge wies der amerikanische Schatzsekretär Mills in einer Erklärung darauf hin, daß alle Schuldnerstaaten, die von dem Recht des Zahlungsaufschubs Gebrauch machen wollten, der Regierung in Washington vor Donnerstag abend davon Mitteilung machen müßten. Er fügte hinzu, bisher seien derartige Mitteilungen nur von Estland, Lettland und Polen eingegangen.

„Daily Telegraph" erklärt mit Bestimmtheit, daß weder die britische noch die französische Regierung einen solchen Schritt beabsichtigten.

Polnischer Vorschlag für die Abänderung des Warschauer Abkommens

Von zuständiger Danziger Stelle wird mitgeteilt: Bekanntlich hat die Regierung der Freien Stadt Danzig vor zwei Monaten den Schutz des Völkerbundskommissars mit einem Antrage angerufen, der künftige Uebergriffe der polnischen Zoll- und Wirtschaftsgesetzgebung und Mißbräuche der polnischen Befugnisse zur Benachteiligung Danzigs auf dem Gebiete des Zollrechtes vorbeugen soll.

Die polnische Regierung hat nunmehr auf diesen Antrag Danzigs geantwortet mit eigenen Gegenforderungen. Polen will insbesondere den Umfang seiner Kompetenzen künftig selbst und ausschließlich bestimmen. Es verlangt ferner die bedingungslose Anpassung der indirekten Steuern und Monopole an die polnische Gesetzgebung, ohne Danzig irgendeine Einwirkung auf diese Gesetzgebung zum Schutze der Danziger wirtschaftlichen Interessen und Bedürfnisse zuzugestehen.

Mit voller Offenheit bekennt sich schließlich die polnische Regierung von neuem zu dem Verlangen, in den Danziger Staatsgrenzen die völlige Herrschaft über Danzig auf dem Gebiete der Sicherheitspolizei, der Veterinärpolizei und auf allen anderen Gebieten der Innenverwaltung und der kulturellen Verwaltung, also auch durch Handhabung der Zensur, auszuüben.

Polen gesteht offen zu, daß es sich nach seinem Willen nicht mehr um einen Vertrag zwischen gleichberechtigten Partnern handele, sondern ist der Meinung, daß Danzig dem polnischen Zollgebiet „als ein untergeordneter Faktor" angehöre und verlangt „Unterwerfung in kategorischer Form".

Oskar Daubmanns Abenteuer

Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener veranstaltete eine Pressebesprechung, um dem heimgekehrten Oskar Daubmann Gelegenheit zu geben, die Berliner Presse über Unstimmigkeiten, die bei der bisherigen Untersuchung zu Tage getreten sind, aufzuklären. An der Besprechung nahm Hauptmann a. D. Bumüller vom Regimentsverein des 2. Bataillons Reserve-Infanterieregiments 111, dem Daubmann angehörte, teil.

Hauptmann Bumüller erklärte u. a., daß im ganzen im Laufe der Untersuchung etwa 25 Punkte aufgetreten seien, denen man in der Oeffentlichkeit Zweifel entgegenbrachte. Nach und nach sei ein Punkt nach dem anderen zugunsten Daubmanns aufgeklärt worden.

Daubmann selbst trat der vielfach in der Oeffentlichkeit laut gewordenen Auffassung entgegen, daß seine Eltern Zweifel an seiner Identität hätten. Das stimme absolut nicht. Daubmann weigert sich, so erklärte er auch heute, den Namen des Schiffes und des Kapitäns anzugeben, der ihm auf seiner Flucht Unterstützung gewährt hat. Er habe dem Kapitän damals das Ehrenwort gegeben, ihm keine Schwierigkeiten durch Nennung des Namens zu machen und dieses Ehrenwort halte er

Internationaler Bergarbeiterkongreß

Beim Kongreß der Internationalen Bergarbeiter-Föderation in London betonte der Sekretär des britischen Verbandes, **Ebbu Edwards**, daß man von der Inkraftsetzung der Arbeitsstundenkonvention von Genf weiter denn je entfernt sei. Die britischen Bergarbeiter seien bereit, ihre Regierung bei den Bemühungen um Revision der internationalen Arbeitsbedingungen zu unterstützen. Sie seien aber nicht berechtigt, ihre eigenen Bemühungen ausnützen zu lassen, um die Verringerung der Arbeitszeit hinauszuzögern.

Der amtierende Vorsitzende des Kongresses, **Husemann (Deutschland)** sprach zunächst von den Bemühungen der deutschen Arbeiterschaft, die deutsche Regierung zur Ratifizierung der Konvention zu bewegen, und erklärte dann, **die internationale Krise werde nicht überwunden werden, solange nicht etwas geschehe, um die Not des deutschen Volkes zu lindern.** Die Zahl der in den Bergwerken in Deutschland Beschäftigten sei von 1 212 000 im Jahre 1932 auf 430 000 gefallen. Die deutschen Bergarbeiter glaubten nicht, daß eine Erholung durch Dumping oder Schutzmaßnahmen eintreten würde.

Der französische Vertreter **Viane** schlug vor, die Bergarbeiter aller Länder sollten gleichzeitig in einen ein- bis zweitägigen Streik treten, um die Aufmerksamkeit der Welt auf ihre Forderungen zu lenken.

Gefängnisstrafen wegen einer Straßenschlacht

Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das 2. Dortmunder Sondergericht neun Kommunisten unter ihnen zwei Frauen, wegen schweren bezw einfachen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von drei bis zehn Monaten. Von zwei mitangeklagten Reichsbannerleuten, die wegen Waffenbesitzes angeklagt waren, erhielten einer drei Monate Gefängnis, der andere eine Geldstrafe. Dem Prozeß lag eine Straßenschlacht in Herringen zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten am Tage vor der zweiten Reichspräsidentenwahl zugrunde.

Der Wirrwarr in Südamerika

Der Krieg zwischen Paraguay und Bolivien

Zu dem bolivianisch-paraguayischen Konflikt wird aus Washington gemeldet: Der neueste Schritt der neutralen Mächte besteht darin, Paraguay und Bolivien aufzufordern, sofort die Feindseligkeiten einzustellen und eine entmilitarisierte Zone zu bilden. Jede Partei soll ihre Truppen zehn Kilometer weit zurückziehen. Die neutralen Mächte sind bereit, eine Kommission nach dem Gran Chaco zu entsenden, um die Durchführung der Vereinbarung zu überwachen.

*

Eine Mitteilung des paraguayischen Kriegsministeriums besagt, daß die paraguayischen Truppen eine starke bolivianische Truppenabteilung völlig aufgerieben und 15 Maschinengewehre und zahlreiche Gewehre erbeutet hätten.

Das Chaos in Chile. — General Blanco wieder an der Macht

Aus Santiago de Chile, 15. Sept., wird gemeldet: Nach dem gestrigen ereignisreichen Tag ist heute abermals eine Verschiebung der politischen Situation eingetreten. General Blanco, der bisherige provisorische Staatspräsident, hat, nachdem er gestern zurückgetreten war, heute wieder die Präsidentschaft übernommen und eine Regierung gebildet.

*

Havas meldet aus Santiago de Chile, am 15. September, die Regierungstruppen hätten am Mittwoch um 17,30 Uhr sämtliche Flugplätze besetzt, um das Landen der Flugzeuge der Aufständischen zu verhindern. Die Flugzeuge der Aufständischen von Bosque, etwa 30, seien nach Quintero unterwegs, einem Flugplatz, der in der Gewalt der Regierungstruppen sei. Die Garnison von Valparaiso habe sich der Regierung angeschlossen.

Raubüberfall auf eine Bankfiliale in Altona

Aus Altona (Hamburg), 15. Sept., wird gemeldet: In die Filiale der Commerz- und Privatbank in der Holstenstraße drangen heute vormittag drei maskierte Männer ein, die die beiden anwesenden Beamten mit Schußwaffen bedrohten. Einer der Räuber sprang über die Schalterbank in den Kassenraum. Den Bankbeamten gelang es jedoch, die Alarmvorrichtungen in Bewegung zu setzen. Durch das Sirenengeheul, das auf der Straße hörbar wurde, wurden die Täter gestört. Ein Räuber riß schnell einen Blechkasten an sich, in dem sich jedoch nur fremde Geldsorten in Höhe von 80 bis 100 RM. befanden und flüchtete mit seinen zwei Genossen in einem Kraftwagen. Die Täter konnten jedoch bald durch die Polizei gestellt werden.

Von der Haushälterin ermordet?

Aus Saarbrücken, 15. Sept., wird gemeldet: Heute morgen wurde [illegible] Maßdorf in Oberschlesien in seiner Wohnung ermordet. In demselben Raum, in dem man Pelka fand, lag seine Haushälterin, eine Frau Lißmann, blutüberströmt am Boden. Sie hat offenbar den Pelka durch eine Anzahl Beilhiebe im Schlaf ermordet und sich dann selbst mit einem Rasiermesser eine Menge Schnittwunden beigebracht. Da sie noch nicht vernehmungsfähig ist, konnte das Motiv der Tat noch nicht geklärt werden, man nimmt aber an, daß die Tat aus Eifersucht geschah.

Die Lage in USA.

Aus Washington, 15. Sept., wird berichtet: Der heutige letzte Tag der Frist für die Erklärung eines Zahlungsaufschubs auf Konto der Kriegsschulden der Alliierten verstrich, ohne daß dem Beispiel von Estland, Lettland und Polen entsprechend von größeren europäischen Nationen wie England, Frankreich oder Italien eine solche Erklärung abgegeben wurde. Im Staatsdepartement wird erklärt, daß es sich um reine Finanzfragen handele, die ausschließlich vom Schatzamt bearbeitet und von diesem direkt mit den Vertretern der fremden Mächte diskutiert würden. In dieser wie in anderen außenpolitischen Fragen wird zurzeit vom Weißen Haus und dem Staatsdepartement strikte Zurückhaltung beobachtet, da der Wahlkampf um den Präsidentenposten nunmehr voll entbrannt ist und die republikanische Parteileitung einschließlich Hoover das starke Anschwellen der demokratischen Stimmen bei den in den letzten Tagen abgehaltenen Vorwahlen mit großer Besorgnis verfolgt. Der Präsident hat sich nunmehr entschlossen, aus seiner Reserve herauszutreten und ähnlich seinem Gegner Roosevelt eine persönliche Wahlreise in den Osten und zu den Farmern des mittleren Westens zu unternehmen. Die Zeitungskonzerne von Hearst und Scrippshoward unterstützten seinen Gegner Roosevelt, und da sie gerade im Westen stark verbreitet sind, fühlen Hoover und seine Parteigänger die Notwendigkeit direkter Fühlunanahme mit den dortigen Bezirken.

China gegen die Anerkennung des Mandschu-Staates durch Japan

Aus Nanking, 15. Sept., meldet das Wolffbüro: Unmittelbar nach der amtlichen Bekanntmachung der Anerkennung des Mandschu-Staates durch Japan richtete die chinesische Regierung Protestnoten nach London, Paris, Washington, Rom und Genf, die Japan beschuldigen, die Gebiets- und Verwaltungssouveränität Chinas verletzt zu haben und ein sofortiges internationales Vorgehen verlangen.

In einem Telegramm an den Völkerbund erklärt die chinesischen Regierung, die Handlungsweise Japans sei mit dem Geiste des Völkerbundspaktes unvereinbar und eine unmittelbare Verletzung der Beschlüsse der Völkerbundsversammlung. In ähnlichen, an die anderen Unterzeichner des Neunmächte-Vertrages gerichteten Noten wird das Vorgehen Japans als eine Verletzung des Vertrages gekennzeichnet und die sofortige Berufung einer Konferenz verlangt.

In einer Note an Japan erklärt die chinesische Regierung, die Anerkennung des Mandschu-Staates könne nur als eine offene Verletzung der territorialen Integrität Chinas angesehen werden.

Der Berliner Geldtransport-Raub

Vier junge Burschen die Täter

Aus Berlin, 16. Sept., meldet das Wolffbüro zunächst: In Charlottenburg spielte sich am Donnerstag vor dem Rathaus in der neunten Vormittagsstunde ein Wildweststück ab, bei dem den Räubern etwa 40 000 Mark in die Hände fielen.

Alltäglich werden die Einnahmen der Straßenbahnen und Autobusse, die in der Helmholtzstraße in einem großen Bahnhof untergebracht sind, in der neunten Vormittagsstunde nach der Girokasse, die sich im Charlottenburger Rathaus befindet, abgeliefert. Auch am Donnerstag war ein Autobus mit mehreren Kassetten, die hauptsächlich Silber- und Kleingeld enthielten, mit dem Abtransport des Geldes beauftragt. Während mehrere Beamte damit beschäftigt waren, das Geld auszuladen, fuhr ein elegantes Auto vor dem Rathaus vor, dem vier junge Burschen entsprangen. Noch ehe sich die Beamten zur Wehr setzen konnten, zogen alle vier Revolver aus den Taschen und eröffneten ein Schnellfeuer auf die Beamten, von denen vier getroffen zu Boden sanken. Dann ergriffen die Räuber drei Kassetten, worauf sie in das bereitstehende Auto stiegen und davonrasten.

Die Berliner Verkehrsgesellschaft nimmt an, daß etwa 40 000 Mark den Räubern in die Hände gefallen sind. Die Tat muß von Leuten ausgeführt worden sein, die über die Ablieferung der Gelder genau Bescheid wußten. Obwohl zurzeit des Ueberfalles bereits starker Verkehr vor dem Rathaus herrschte, waren die Zeugen des Ueberfalls so überrascht, daß die Täter unerkannt entkommen konnten.

Die Opfer des Ueberfalles sind: der Betriebsbahnhofsvorsteher Meyer, der in das Krankenhaus Westend gebracht wurde; sein Zustand ist besorgniserregend. Leichtere Verletzungen erlitten der Chauffeur des Autobusses, der Kassengehilfe Schröder und ein Bewachungsbeamter.

Die ersten kriminalpolizeilichen Ermittlungen — Ein Opfer gestorben

Nach den bisherigen Ermittlungen hat sich der Raubüberfall folgendermaßen abgespielt:

In der neunten Vormittagsstunde, als vier Beamte der Berliner Verkehrsgesellschaft aus der Girokasse, die sich im Rathaus Charlottenburg befindet, herauskamen, wurden sie von vier jungen Burschen, die offenbar im gegenüberliegenden Hause gewartet hatten, überfallen. Die zwei BVG.-Beamten, die die schwere Kiste trugen, in der sich 33 100 Mark in Zehn-, Zwanzig- und Hundertmarkscheinen für die Lohnzahlung befanden, wurden von dem Leiter des Betriebsbahnhofes Helmholtzstraße, Meyer, und dem Chauffeur des Wagens auf dem Wege von der Kasse bis zum Auto gedeckt.

Die vier Burschen schlugen auf die Träger der Kiste ein, die den Holzkasten fallen ließen, und feuerten gleichzeitig auf die Begleiter sechs Schüsse ab. In der allgemeinen Verwirrung ergriffen die Räuber blitzschnell die Kiste und warfen sie in eine bereitstehende dunkelblaue Mercedes-Benz-Limousine, mit der sie durch die Leibnitzstraße in Richtung Kurfürstendam davonrasten und im Gewühl des Straßenverkehrs unerkannt entkamen. Der Vorsteher des Betriebsbahnhofes in der Helmholtzstraße, der 56jährige Otto Meyer, hat einen Kopfschuß erhalten, an dessen Folgen er eine Stunde später im Krankenhaus Westend starb.

Die Beamten hatten, wie alltäglich, die Fahrgelder des Betriebsbahnhofes Helmholtzstraße nach der Girokasse geschafft und waren beauftragt, die Lohngelder für die morgen stattfindenden Lohnzahlungen in Empfang zu nehmen. Die täglichen Geldtransporte der BVG., die von sämtlichen Betriebsbahnhöfen nach den Girokassen durchgeführt werden, sind bisher immer ohne polizeilichen Schutz gewesen. Lediglich die Begleitpersonen sind bewaffnet.

Der Wagen, den die Räuber zu ihrem Ueberfall benutzten, ist in der Landshuter Straße gestohlen worden. Er gehört der Firma Kohlengroßhandel, Gesellschaft für Handel und Industrie, Friedrich Minoux.

Der dreiste Raubüberfall hatte in der Berliner Straße ungeheueres Aufsehen hervorgerufen. Zahllose Neugierige umstanden das Rathaus und behinderten schließlich den Verkehr derart, **daß die Polizei die Menschenmenge zerstreuen mußte.**

Das Auto der Räuber gefunden

Das von den Geldtransporträubern zu ihrem Ueberfall benutzte Auto konnte mittags auf der Straße nach Moorlacke hinter der Glienicker Brücke gefunden werden. Von den Täter selbst fehlt noch jede Spur.

Für ihre Ergreifung sind insgesamt 2000 Mk. Belohnung ausgesetzt worden.

Die Bluttat in Potsdam

Aus Potsdam wird berichtet: Das Rätsel um den Tod des Arbeiters Meißner, der im Bornstedter Feld erschossen aufgefunden wurde, beginnt sich zu lüften. Der Mann, der den tödlichen Schuß abgab, ein Zimmermann namens Schneemann, hat bereits die Tat zugegeben, allerdings behauptet er und der Arbeiter Buchholz, der gleichfalls verhaftet wurde, der Schuß habe sich durch Fahrlässigkeit aus einer Parabellum-Pistole gelöst.

Die beiden Verhafteten sind die ersten gewesen, die der Polizei von der Auffindung Meißners Mitteilung machten. Sie behaupteten, Schüsse gehört und dann zum Bornstedter Feld gelaufen zu sein. Beide wurden festgenommen, da von vornherein ein gewisser Verdacht gegen sie bestand.

Die Parabellum-Pistole, aus der der Schuß gefeuert wurde, hat Meißner gehört. Es ist festgestellt worden, daß er mit Schneemann und Buchholz in einer Laube Karten gespielt hat. Was sich vor Abgabe des Schusses in dieser Laube abgespielt hat ist noch Gegenstand der Ermittlungen. Die Polizei hegt den Verdacht, daß zwischen den dreien politische Meinungsverschiedenheiten zum Ausbruch kamen. An eine Zufälligkeit des Schusses glaubt sie nicht.

Der Schauplatz des tollkühnen Raubüberfalls in Charlottenburg



An der mit einem Kreuz bezeichneten Stelle entspann sich der Kampf zwischen den Banditen und dem getöteten Beamten

Manöver

Des Reichspräsidenten Standquartier an der Oder

Reichspräsident von Hindenburg wird an den Manövern in der Gegend von Fürstenberg an der Oder teilnehmen und für den 20. und 21. September in Fürstenberg Standquartier nehmen.

Umfangreiche französische Geländeübungen in der Champagne

Aus Paris wird berichtet: Am kommenden Montag beginnen in der Champagne Geländeübungen, an der die 2. nordafrikanische Division un die 15. motorisierte Division beteiligt sind. Kriegsminister Paul-Boncour erklärte der Presse, daß es sich keineswegs um sogenannte große Manöver handele, sondern um Uebungen unter der Leitung von Generalstabschef Gamelin, bei denen man die Nutzbarmachung der Motorisierung ausprobieren wolle. Aehnliche Manöver würden vom 26. bis 28. September stattfinden.

Gescheiterte Gehaltsverhandlungen

Aus Halle, 15. Sept., wird gemeldet: Die heute wieder aufgenommenen Verhandlungen zum Abschluß einer neuen Gehaltsstaffel im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sind gescheitert. Die Arbeitgeber lehnten die von den Angestelltenverbänden als dringend notwendig erachtete kollektive Regelung der Bezahlung der Angestellten bei Kurzarbeit grundsätzlich ab.

*

Aus Kattowitz, 15. Sept., kommt die Nachricht: Zwischen den Angestellten-Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband der ostoberschlesischen Schwerindustrie fanden gestern paritätische Verhandlungen über die von den Arbeitgebern beantragte 15%ige Gehaltskürzung statt. Die Verhandlungen mußten ergebnislos abgebrochen werden.

Kleine polit. Nachrichten

Empfänge beim Reichspräsidenten

Der Reichspräsident empfing am Donnerstag den mecklenburgisch-schwerinschen Ministerpräsidenten Granzow, der von dem mecklenburg-schwerinschen Gesandten Dr. Tischbein begleitet war. Ferner empfing der Reichspräsident den Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates Dr. Brandes.

Die beabsichtigten Kontingentierungen

Die Besprechungen über die beabsichtigten Kontingentierungsmaßnahmen für die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte zwischen den beteiligten Reichsressorts sind, wie das Nachrichtenbüro des VdZ. hört, nunmehr im wesentlichen abgeschlossen. Noch in den letzten Tagen dieser Woche dürfte sich das Reichskabinett mit der Angelegenheit beschäftigen.

V. D. A.-Arbeit in den Schulen

Das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat in einem besonderen Erlaß an die Provinzialschulkollegien und die Regierungen darauf hingewiesen, daß der seinerzeit vom Kultusminister Boelitz herausgegebene Erlaß vom 18. Dezember 1921 durch die dazwischenliegenden Erlasse nicht aufgehoben ist. Im Sinne dieses Erlasses gibt der mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragte Staatssekretär Dr. Lammers der Erwartung Ausdruck, daß die Anstaltsleitungen der Schulen sich mit aller Wärme der Bestrebungen der Schulgruppen des V. D. A. annehmen werden.

Der Prozeß Fechenbach-Pommerenke vertagt

Aus Detmold, 15. Sept., wird berichtet: Die Privatklage des sozialdemokratischen Redakteurs Fechenbach, des früheren Privatsekretärs des ermordeten bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, gegen den Redakteur des nationalsozialistischen „Lippischen Kuriers", Pommerenke, der behauptet hatte, Fechenbach habe das Todesurteil gegen die s. Zt. in München erschossenen Geiseln unterschrieben, hat ergeben, daß Pommerenke den Wahrheitsbeweis dafür nicht antreten kann. Er hat diese Angabe von dem früheren Bezirksleiter der NSDAP. in Lippe, Dr. Fuhrmann, erhalten. Das Gericht beschloß, Dr. Fuhrmann hierüber zu vernehmen und Erkundigungen an Gerichtsstelle in München einzuziehen. Die Verhandlung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Technischer Ausschuß der Abrüstungskonferenz

Der Technische Ausschuß der von der Abrüstungskonferenz eingesetzten Kommission zur Prüfung der Ausgaben für nationale Verteidigung trat in Genf zusammen und begann mit der Prüfung der von der rumänischen Regierung eingerichteten Schriftstücke. Der Vertreter der deutschen Regierung, Ministerialrat Worbs vom Reichsfinanzministerium, ist, wie die Schweizerische Depeschenagentur meldet, nicht in Genf eingetroffen.

Protest gegen die französischen Luftmanöver

Bei den Tag und Nacht währenden Luftmanövern in der Gegend von Marseille kam es zu einer Protestkundgebung. Etwa 300 Personen hatten sich, wie „Matin" aus Marseille meldet, auf der Arbeitsbörse versammelt, um gegen die Abhaltung der Manöver und die Beteiligung von Zivilpersonen daran zu protestieren. Die Polizei hat drei Personen verhaftet.

Die „fliegende Familie" Hutchinson. „Daily Herald" meldet, daß er mit der Reederei des Fischdampfers „Lord Talbot" eine Vereinbarung getroffen habe, wonach der Dampfer nach Angmagsalik zurückkehren und die „fliegende Familie" und die Besatzung des Flugzeuges, insgesamt acht Personen, abholen und sofort nach Schottland bringen soll. Der Dampfer hatte die Geretteten an dem genannten Platz gelandet und seine Fahrt fortgesetzt. Somit hätten die Familie Hutchinson und ihre Begleiter möglicherweise den ganzen Winter in Ostgrönland zubringen müssen.

Neue Millionenschiebungen mit Effekten

Die Polizei in Berlin ist, wie eine Korrespondenz meldet, neuen umfangreichen Effektenschiebungen auf die Spur gekommen. In dieser Sache sind in Berlin sechs Festnahmen erfolgt. Dem Vernehmen nach sollen Wertpapiere für insgesamt mehr als drei Millionen RM. für ausländische Rechnung verkauft worden sein, wobei der Gegenerlös entgegen den Devisenvorschriften nicht auf Sperrkonto angelegt, sondern über die Grenze verschoben wurde.

Amerikanischer Erbschaftsschwindel

Ein sensationeller Prozeß beschäftigt zurzeit das Osnabrücker Gericht, in den die bisher angesehene Osnabrücker Bankfirma Gerstle verwickelt ist. Schon seit längerer Zeit munkelte man, daß bei der Realisierung amerikanischer Erbschaften Gerstle sich unlauterer Machenschaften schuldig gemacht habe. Vor einiger Zeit hatte nun die Staatsanwaltschaft eingegriffen und sämtliche Bücher der Bank beschlagnahmt. Inzwischen ist auch das Verfahren gegen Bankier Gerstle und seinen Prokuristen Leimbach eingeleitet worden, gegen die die Anklage wegen Untreue, Unterschlagung und Betrug erhoben wird.

Die strafbaren Handlungen gehen auf die Jahre 1929 und 1930 zurück und spielen teils in Osnabrück, teils in Newyork, wo der Bruder des angeklagten Bankiers ein eigenes Bankgeschäft betreibt. In fast allen Fällen wurden deutsche Staatsangehörige, die in Amerika eine Erbschaft gemacht und sich zur Realisierung ihrer Vermögensansprüche an die Firma Gerstle gewandt hatten, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen fast um den ganzen Erlös der Erbschaft gebracht. Die Vernehmung der beiden Angeklagten brachte einige Klarheit in das Geschäftsgebaren der Bank, deren Geschäftskapital nur 15 000 RM. gegenüber 300 000 RM. an Kreditoren betrug. Als die Bank sich in Osnabrück etablierte, war bereits eine Unterbilanz von 132 000 RM. vorhanden.

Bei seiner Vernehmung suchte Gerstle die Hauptschuld auf seinen Prokuristen abzuwälzen, indem er behauptete, Leimbach habe in den meisten Fällen eigenmächtig gehandelt. Auf Antrag des Verteidigers wurde Gerstle aus der Haft entlassen. Das Gericht vertagte sich, um vor allem die Verbindlichkeiten des amerikanischen Hauses gegenüber der Osnabrücker Firma zu prüfen.

Bottroper Möbelhändler im Brohltal erschöpft und beraubt aufgefunden

Der seit dem 12. September vermißte Möbelhändler Alois Vienken aus der Sterkrader Str. Nr. 56 in Bottrop wurde im Brohltal vollständig erschöpft aufgefunden. Die Polizei sorgte für die Ueberführung ins Krankenhaus. Vienken gab an, im Essener Stadtwald von zwei unbekannten Leuten angesprochen zu sein, die ihn nach dem Wege zum Rhein fragten. Er begleitete die Männer eine Strecke und erhielt plötzlich einen Schlag, worauf er in ein Auto geschleppt wurde. Der Ueberfallene kann lediglich angeben, daß es sich um einen geschlossenen Personenwagen handelte, dessen Nummer die Anfangszeichen IZ trugen. Von da ab weiß er nichts mehr, bis er an einem Waldrande in Burgbrohl aus seiner Betäubung erwachte. Wahrscheinlich liegt ein Raubüberfall vor, denn Vienken fehlen ein Diamantring, 150 RM. in bar, ein Paar goldene Manschettenknöpfe usw.

Greisin auf der Weide von einer Kuh getötet

In Nordhemmern (Kr. Minden) wurde die 74 Jahre alte Witwe Christine von Behren auf der Weide tot aufgefunden. Die Greisin muß von einer Kuh gestoßen und umgeworfen worden sein. Dabei muß das Tier mit dem Fuß auf die linke Kopf- und Halsseite der alten Frau getreten sein und mit dem Körpergewicht die Halswirbelsäule durchgebrochen haben.

Geständnis des Gelsenkirchener Mörders

Am Donnerstag gab der am vergangenen Samstag festgenommene und des Mordes an dem Wirtssohn Hense in Gelsenkirchen verdächtige Ernst Prell seinen Widerstand auf und legte ein umfassendes Geständnis ab.

Prell will mit dem ermordeten Hense eine längere Bierreise durch Gelsenkirchen gemacht haben. Auf der Zeppelin-Allee sei es dann zwischen ihnen beiden zu Streitigkeiten gekommen, in deren Verlauf er auf seinen Widersacher mit einem Stein eingeschlagen habe. Von dem Tode Henses will Prell erst am folgenden Tage etwas durch die Zeitungen erfahren haben.

MLB
MODERNE LICHTBÜHNE BURSCHEID

Samstag 8.15 Uhr - Sonntag ab 5 Uhr
Max Hansen
in
Einmal möcht' ich keine Sorgen haben
mit
Ursula Grabley
ferner der aus der Kölner Job's lustigen Bühne bekannte Komiker **Hermann Job.** - Text und Musik **Willi Ostermann.**

stud.chem. Helene Willfüer
nach dem Roman der Berliner Illustrirten
mit
Olga Tschechowa
Kulturfilm Lustspiel
Jugendliche haben Zutritt.

Achtung! Achtung!
In Vorbereitung:
Der Kongress tanzt

Herbstkirmes
in Bruchermühle!
Am **Sonntag, den 18. Sept.,** findet bei mir
Kaffeekränzchen
mit anschließendem
Ball
statt, wozu freundlichst einladet
Hermann Rübenstrunk

LICHTSPIELHAUS HILGEN
bringt am
Samstag 8.15 Uhr und Sonntag 5 und 8 Uhr
Michael Bohnen
in seinem Ton-Lustspiel
Zwei Krawatten
Dieser Tonfilm enthält alles, was zu einem guten Film gehört.
Die Wüstenpatrouille
Die sensationellen Erlebnisse einer englischen Patrouille in Mesopotamien.
Hierzu
Lustspiel Kulturfilm

Kostenlos!
Spezialist der auch hier als vorzüglich anerkannten
Dr. Scholl's Fußpflege
Montag, den 19. September ab 9 Uhr, anwesend.
Drogerie Leo Becker
Burscheid

1 massiver Geldschrank
1 Gasbadeofen m. Wanne
gebraucht, billig zu verkaufen.
Näheres bei
Frau Ww. Jos. Teitscheid
Burscheid, Altenbergerstr. 9.

Junge hochtragende
Kuh
zu verkaufen.
Hugo Steffens
Benninghausen.

Obst zum Pressen
wird angenommen
Wilhelm Dahlhaus, Heide
Fritz Roth, Lungstraße
Peter Roth, Burscheid

Bauholz
Bretter
Dielen, Latten, Rahmen u. Fußboden in allen vorkommenden Breiten und Stärken
Fußleisten, Spalierlatten
Kalk-, Hohl- und Tapeten-Leisten
zu den billigsten Tagespreisen stets vorrätig
Oskar Heinrichs
Holzhandlung u. -Bearbeitung
Burscheid, Fernspr. 520.

Properes älteres
Mädchen
auch im Nähen erfahren, sucht Stellung bei alleinstehender Dame oder Herrn, eventl. in kleinem Haushalt.
Näheres: **Hilgen 85d.**

Behaglich
möbliertes Zimmer
mit Frühstück oder voller Pension in Burscheid zu vermieten. Zu erfahren in der Geschäftsstelle dsr. Ztg.

Wer verkauft
Wohn-, Geschäftsh., Villa, Landwirtsch., Gasthof, Bau- u. Kiesgelände? Sof. Angeb. an **K. Lahmeyer, Bremen** Elsasserstraße 152.

Freiw. Feuerwehr
Löschzug 3 Dierath.
Sonntag, den 18. Sept., punkt 7 Uhr morgens
Uebung
Pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet
Der Brandmeister:
Wescher.

Freiw. Feuerwehr
Löschzug 4 Paffenlöh.
Sonntag, den 18. Sept., morgens 6 Uhr
Uebung
Adams, Brandmeister.

Kasino Hilgen
Sonntag, den 18. Sept., nachmittags 5 Uhr
Versammlung
Tagesordnung:
1. Zahlung der Bezüge und Rückstände
2. Bestellung von Knochenmehl, Kalk und Kohlen
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Wer
Anzeigen sät,
wird Bestellungen ernten!

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 218 2. Blatt Freitag, 16. September 1932

Herbstwitterung

Langsam geht der Sommer zur Neige. Am 23. September nimmt der Herbst seinen Anfang und das große Absterben in der Natur beginnt.

Wie wird sich nun die Herbstwitterung gestalten?

Nach den bisherigen Erfahrungen wird in Anlehnung an die Durchschnittswitterung der beiden letzten Jahreszeiten der Herbst und auch der Winter mild und trocken werden. Es ist schwierig, langfristige Wettervoraussagen zu machen, aber es ist immerhin möglich, in etwa den Gesamtcharakter einer Jahreszeit vorauszubestimmen.

Das Jahr 1932 war im Gesamten bisher recht trocken. Diese Trockenheit wird auch bei der Herbstwitterung anhalten. Vielfach denkt man mit Schrecken an den Herbst, wenn Regengüsse niedergehen, die eine starke Abkühlung zur Folge haben. Herrscht aber trockenes Wetter vor, so kann noch bis in die spätesten Herbsttage hinein die Witterung warm und fast sommerlich bleiben. Nach der bisherigen Wettervoraussage soll der Oktober in diesem Jahre durch den Einbruch nördlicher Winde schon verschiedentlich kalte Tage haben, dagegen berichten die Wetterkundigen, daß der November größtenteils wieder warm werden wird, da die Winde weiter nach Süden vordringen werden und eine starke Abkühlung durch häufige Niederschläge nicht erfolgen wird.

Der Gesamtcharakter der Witterung wird also bis in den November hinein milde sein. Der Winter soll auch nicht gerade gestreng werden und überwiegend mäßige Temperaturen aufweisen. Der Winter 1932/33 soll zu den sogenannten warmen Wintern gehören. Die Wintersportler werden demnach nicht allzu viel ihrem Sport huldigen können. Auch soll der Winter nicht allzu lange andauern, und im Februar schon sehr milde Tage zu verzeichnen sein. Kälterekorde, wie man sie im Jahre 1928/29 erlebt hat, werden wohl nicht erreicht.

41. Rheinische Provinzialsynode

Die 41. Rheinische Provinzialsynode nahm in ihrer zweiten Vollsitzung unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden D. Dr. Schäfer und nach gründlicher Vorbereitung durch die Ausschüsse in rascher Folge eine Reihe von Anträgen über Auslegung bezw. Weiterentwicklung der Kirchenordnung an. Ebenso fanden Annahme Beschlüsse über das Gesangbuch. Hier handelte es sich darum, den bestehenden Verlagsvertrag der wirtschaftlichen Entwickelung anzupassen. Längere Zeit nahm in Anspruch die erste Lesung der Vorlagen über die Ordnung des kirchlichen Lebens. Diese kirchliche Lebensordnung wurde von der Generalsynode angenommen. Für den Bereich der Kirchen der altpreußischen Union ist sie inzwischen zum Gesetz erklärt worden. Hierdurch werden ausdrücklich alle für das Gebiet der kirchlichen Sitte und kirchlichen Zucht bestehenden Bestimmungen außer Kraft gesetzt. Weil dadurch auch die Kirchenordnung von Rheinland und Westfalen betroffen wird, haben die beiden Westprovinzen aufgrund ihrer kirchlichen Sonderentwickelung das Recht, über Annahme oder Nichtannahme dieser Lebensordnung selbständig zu beschließen. Die Lebensordnung der altpreußischen Union wurde in der vorliegenden Gestalt abgelehnt. Es ist zu erwarten, daß im Zusammenwirken mit der westfälischen Provinzialsynode bei der zweiten und dritten Lesung ein Weg gefunden wird, der das Gute und Weiterführende dieser Lebensordnung der Kirchen altpreußischer Union auch für die Westprovinzen nutzbar macht.

Im weiteren Verlauf ihrer Beratungen nahm die 41. außerordentliche Rheinische Provinzialsynode zu den Mißständen im Leihbüchereiwesen einen Antrag an, der gesetzgeberische Maßnahmen fordert und die in demselben Sinne erfolgten Bestrebungen des Rheinischen Provinzialjugendamtes und der Jugendverbände begrüßt sowie die Schaffung evangelischer Leihbüchereien namentlich für die Jugendlichen anregt. Ein Antrag über die Umänderung bestimmter hauptamtlicher provinzialkirchlicher Aemter in nebenamtliche Aufträge wurde von der Provinzialsynode wegen der nach dem Urteil der Provinzialsynode bestehenden Wichtigkeit dieser Aemter abgelehnt. Jedoch wurde der ernste Sparwille der Provinzialsynode bei der Aufstellung ihres Etats in diesem Notjahr erneut betont.

Do X am Dienstag in Köln

Das Flugzeug Do X, das sich zurzeit in Düsseldorf befindet, wird am Dienstagmorgen seinen Flug nach Köln fortsetzen, und wird in Köln unterhalb der Bastei wassern. Das Flugzeug wird in Köln, wie in den anderen westdeutschen Städten, mehrere Tage Aufenthalt nehmen. Die Bevölkerung wird während der Zeit Gelegenheit zur Besichtigung des ganzen Flugschiffes erhalten.

Wir verweisen schon heute auf den in unserer nächsten Montagsausgabe erscheinenden Artikel „Ein Besuch auf dem Do X".

Zeitungsreklame, beste Kapitalanlage

Der Prinz von Wales, den seine Landsleute mit berechtigtem Stolz den „königlichen Geschäftsreisenden" nennen, und an den die britische Handelswelt sich jeweils als an ihren Beschützer wendet, hat jetzt seine Stimme erhoben, um zur Wirtschaftskrise Stellung zu nehmen. Der englische Thronfolger hat von jeher mehr für die lebendigen Dinge als für höfische Etikette Verständnis und Interesse gehabt, und es war sein persönlicher Wunsch, alle Erscheinungen des Geschäfts- und Wirtschaftslebens aus unmittelbarer Anschauung kennen zu lernen. Von der Pike auf hat er in allen Ministerien gearbeitet und die verschiedenen Ressorts des Handels- und Wirtschaftslebens kennengelernt. Schließlich begab er sich auf Geschäftsreisen, und ganz Europa horchte auf, als er erfuhr, daß der erste Kavalier Englands, der Mann, der seinerzeit die englische Königskrone zu tragen hat, mit betontem Stolz nach dem Musterkoffer griff, um für die englischen Waren im Auslande Propaganda zu machen.

Es ist überflüssig zu sagen, daß die britische Kaufmannswelt mit besonderer Liebe an diesem Prinzen hängt. Auf einem Bankett hat jetzt der Prinz eine Rede gehalten und sich mit den Mitteln zur Bekämpfung der Krise beschäftigt. U. a. erklärte er:

Es ist begreiflich, daß in Krisenzeiten jeder seinen Etat einzuschränken sucht. Aber sparen heißt nicht immer sparsam sein. Sobald Ersparnisse gemacht werden, die in lebenswichtige Gebiete eingreifen, können sie größeren Schaden anrichten, als man im ersten Augenblick denkt. Zu diesem Kapitel gehört die Werbung durch die Presse. Die Amerikaner sehen die von ihnen für Zeitungsreklame ausgegebenen, geradezu gigantischen Summen als die beste Kapitalanlage an, und die Amerikaner haben Recht. In einem Fall, der mir bekannt wurde, hat ein Unternehmer im letzten Jahr für Zeitungsreklame eine Million Dollar ausgegeben, gegenüber 100 000 Dollar im Vorjahre. Das Resultat war, daß der Anteil der Inseratenunkosten an jedem verkauften Gegenstand um 50 Prozent gesunken ist. Der Umsatz hatte sich nämlich, trotz des schweren Krisenjahres, verzwanzigfacht.

„Die einzige Möglichkeit, der schlechten Konjunktur zu begegnen, besteht in einer erhöhten Werbetätigkeit durch die Presse. Diese Regel des modernen amerikanischen Kaufmanns", führte der Prinz aus, „besteht zu Recht. Die englischen Kaufleute müssen sich daran ein Beispiel nehmen und ihre Engherzigkeit aufgeben. In Zeiten schlechten Geschäftsgangs spart der Amerikaner wie jeder vernünftige Geschäftsmann an allen Ausgaben, nur nicht an solchen, die die Werbung beeinträchtigen. Für Werbung erhöht er gerade in schlechten Zeiten seine Ausgaben; denn er weiß, daß eine auf psychologischer Grundlage aufgebaute Reklame stets eine vorteilhafte Wirkung hat".

Die Ausführungen des Prinzen von Wales haben natürlich ungeheures Aufsehen erregt und man darf annehmen, daß die englische Wirtschaft diesen Appell ihres „königlichen Kollegen" nicht unbeachtet lassen wird.

Und wie sieht es damit in unserem Vaterlande aus?

Kommt es zu einer Besserung?

Stand der Arbeitslosigkeit im Rhein-Wupper-Kreis

	Alu	Kru	Wohlu	Insgesamt:
31. Juli 1932	2489	2992	6260	11741
31. August 1932	2474	2976	5718	11168
	−15	−16	−542	−573

Die Arbeitsmarktlage im Rhein-Wupper-Kreis zeigte im Monat August gegenüber dem Vormonat ein kaum verändertes Bild. Die geringen Abgänge in Alu und Kru können als Entlastung des Arbeitsmarktes nicht betrachtet werden, da sie wie die vorstehenden Zahlen ergeben, restlos von der öffentlichen Fürsorge aufgenommen wurden. Sie stützen aber die im Bericht des Vormonats vertretene Auffassung, daß die im Juli verzeichnete starke Abnahme der in der Arbeitslosen und Krisenfürsorge unterstützten Parteien als eine Folge der durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 eingeführten Bedürftigkeitsprüfung anzusehen ist. Diese Abnahme hatte zwar keine Entlastung des Arbeitsmarktes, wohl aber eine Entlastung der Reichsanstalt für AVAG zur Folge, wie das durch die Aufwendungen in der Krisenfürsorge bestätigt wird. Diese Aufwendungen, an denen früher die Gemeinden mit 1/5, ab 1. Juli 1932 aber Kreis und Gemeinden mit einem Fünftel beteiligt sind, wovon der Kreis 70 Prozent zu tragen hat und die Gemeinden 30 Prozent, betrugen für den Monat

Juli	191 785,09 RM
Im August betrugen sie	134 642,73 RM
Entlastung mithin	57 142,36 RM

oder rd. 30 Prozent.

Ganz anders verhält es sich mit dem auffallend starken Rückgang der Wohlfahrtserwerbslosen. Dieser Rückgang bedeutet weder eine Entlastung des Arbeitsmarktes noch eine Entlastung der öffentlichen Fürsorge. Er ist ausschließlich die Folge einer Aenderung in der Statistik, die nach der Verordnung vom 2. August 1932 erstmalig für August wirksam wurde. Nach dieser Verordnung gelten als Wohlfahrtserwerbslose u. a. nicht mehr

1. Erwerbslose, deren Arbeitnehmerschaft nicht anerkannt wird, d. s. meist frühere selbständige Gewerbetreibende und auch Jugendliche, die nach drei Jahren seit ihrer Schulentlassung noch keine Beschäftigungszeit von 13 Wochen als Arbeitnehmer aufweisen können.

2. Erwerbslose, die das 60. Lebensjahr vollendet haben. Hier handelt es sich fast ausschließlich um Erwerbslose, die zwar 60 Jahre alt sind, das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet, also auch noch keinen Anspruch auf Altersrente haben, da diese Bezüge erst vom 65. Lebensjahre ab beantragt werden können.

3. Erwerbslose, die weniger als ein Drittel des Richtsatzes als Unterstützung beziehen. Dieses sind in der Mehrzahl Erwerbslose im Haushalt von Angehörigen, die infolge Anrechnung des Einkommens Drittverpflichteter nur einen Bruchteil des für sie in Betracht kommenden Richtsatzes als Unterstützung erhalten können.

Durchweg handelt es sich bei diesen drei Gruppen um arbeitsfähige, arbeitswillige und unfreiwillig arbeitslos gewordene Personen, die nach den früheren Bestimmungen als Wohlfahrtserwerbslose anzuerkennen waren. Ihre Zahl betrug im Berichtsmonat 597. Die Gesamtzahl der Wohlfahrtserwerbslosen erhöht sich dadurch auf 6315. Aus dem Abgang von 542 Parteien wird mithin ein Zugang von 55 Parteien. Es ist jedoch zu befürchten, daß diese statistische Aenderung eine Kürzung der ohnehin unzureichenden Reichsdotationen nach sich ziehen wird.

Es ist dringend zu wünschen, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung noch für den Herbst eine Belebung des Arbeitsmarktes auch innerhalb des Rhein-Wupper-Kreises auslöst.

Für den freiwilligen Arbeitsdienst, der zurzeit etwa 200 Personen beschäftigt, sind von Kreis, Gemeinden und Genossenschaften weitere Maßnahmen geplant, die in Kürze in Angriff genommen werden sollen und zum Teil noch einem größeren Kreis von Jugendlichen Beschäftigungsmöglichkeit bieten. Die Ausführung weiterer Notstandsarbeiten hängt von der Bereitstellung der von den Gemeinden beantragten Darlehn ab. Für die Ausführung von 102 Kleinsiedlungen wurden inzwischen die Baupläne genehmigt, sodaß nach endgültiger Bewilligung der bereits in Aussicht gestellten Darlehn sofort mit der Errichtung der Bauten begonnen werden kann. Mit der endgültigen Bewilligung der Darlehn durch den Reichskommissar wird in allernächster Zeit gerechnet.

Die Erhebung der Bürgersteuer

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wird in Nummer 52 der Preußischen Gesetzsammlung folgende Verordnung über die Erhebung der Bürgersteuer 1932 vom 13. September 1932 veröffentlicht:

„Die Bürgersteuer wird nach Maßgabe des Absatzes I des ersten Abschnitts Artikel 2, Kapitel I des vierten Teiles der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 (RGB I S.) 425 von allen Gemeinden erhoben, die die Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1931 erhoben haben".

Wichtig für Klassenlotteriespieler

Ein neu gegründetes Unternehmen wendet sich zur Zeit durch Zeitungsanzeigen und Werbeschriften an die Spieler der Staatslotterie, um diese zu veranlassen, daß sie die von ihnen gespielten Losnummern dem Unternehmen bekannt geben. Auf Grund dieser Nummernkenntnis will dann das Unternehmen dem Spieler sofort Mitteilung machen, wenn sein Los gezogen worden ist, um ihn in die Lage zu versetzen, daß er sich durch umgehende Bestellung eines Ersatzloses seine Weiterbeteiligung am Spiel sichert. Für die Tätigkeit des Unternehmens wird vom Spieler eine Gebühr gefordert.

Dieses, das Lotteriespiel verteuernde Geldopfer, würde von den Spielern ganz nutzlos gezahlt werden, da die Lotterie-Einnehmer ohnehin ihre Spieler von der Ziehung ihrer Losnummern sofort benachrichtigen. Dies liegt auch im Interesse der Lotterie-Einnehmer selbst, da durch die umgehende Benachrichtigung der Spieler dem Lotterie-Einnehmer der Absatz der für die Spieler bereit gehaltenen Ersatzlose erleichtert wird.

Eine Notwendigkeit zur Aufwendung besonderer Mittel für die Inanspruchnahme des sich anbietenden Unternehmens liegt also in keiner Weise vor, vielmehr laufen die Spieler Gefahr, durch Bekanntgabe ihrer Losnummern an dritte Personen Nachteile zu erleiden. Die Staatliche Lotterie-Einnehmer der Preußisch-Süddeutschen Klassen-Lotterie warnen daher, die Losnummern dritten Personen zu irgend welchen Zwecken mitzuteilen, weil für diese dritten Personen eine Verpflichtung zur Verschwiegenheit nicht besteht und mit den Adressen und Losnummern leicht Mißbrauch getrieben werden kann. Dagegen ist den staatlichen Lotterie-Einnehmern nach ihrer Dienstanweisung streng verboten, Auskünfte über Spielbeteiligung und Gewinne an dritte Personen oder Behörden ohne besondere Genehmigung der General-Direktion der Preußisch-Süddeutschen Staatslotterie zu erteilen.

Aus der Heimat

Hohes Alter!

Am heutigen Freitag wird Frau Wwe. Albert Reuß in Kuckenberg 81 Jahre alt. Die alte Dame ist noch sehr rüstig und verfügt über eine gute körperliche und geistige Frische.

Auch wir entbieten dem Geburtstagskinde die herzlichsten Glückwünsche. Möge ihm ein recht sonniger Lebensabend beschieden sein!

Die Moderne Lichtbühne Burscheid

bringt am kommenden Wochenende den amüsanten Tonfilm „Einmal möcht' ich keine Sorgen haben" mit Ursula Grabley, Max Hansen und dem aus der Kölner Job's lustigen Bühne bekannten Komiker Hermann Job. Text und Musik des Kegelliedes schrieb der allen Rheinländern bekannte Willi Ostermann aus Köln.

Im Beiprogramm wird die Verfilmung des Romans aus der Berliner Illustrirten Zeitung „stud. med. Helene Willfüer" mit Olga Tschechowa aufgeführt. Des weiteren werden ein interessanter Kulturfilm und ein köstlicher Lustspielfilm gezeigt. Jugendliche haben Zutritt.

Im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe wird darauf hingewiesen, daß demnächst der überall mit Begeisterung aufgenommene Tonfilm „Der Kongreß tanzt" zur Aufführung gelangt.

„Zwei Krawatten" nun auch Tonfilm

Georg Kaisers Bühnenstück „Zwei Krawatten", das an zahlreichen Theatern gespielt wurde, ist als Tonfilm von der Max Glaß-Produktion hergestellt und von der Terra herausgebracht worden. Der Film weist eine außerordentliche Besetzung auf: Michael Bohnen spielt die Hauptrolle. Außer ihm debütieren der Intendant Richard Weichert, in dessen Händen die künstlerische Leitung lag, Erika Gläßner, Trude Lieske, die erste Tänzerin der Berliner Staatsoper: Genia

Nikolaieva und Theo Lingen. Ferner wirken mit: Olga Tschechowa, Ralph Arthur Roberts, Julius Falkenstein, Carl Goetz, Walter Steinbeck, Max Gülstorff, Paul Biensfeld, Hugo Fischer-Köppe, Karl Hannemann, Friedrich Ettel, Eugen Jensen und Fritz Odemar.

Dieser Film wird am kommenden Wochenende im Lichtspielhaus Hilgen neben dem Film „Die Wüstenpatrouille", die sensationellen Erlebnisse einer englischen Patrouille in Mesopotamien, sowie dem übrigen Beiprogramm gezeigt.

Siehe auch Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Die Industrie- und Handelskammer Solingen gegen die Einfuhrkontingentierung

Die Solinger Industrie- und Handelskammer nahm in ihrer gestrigen unter Leitung von Geheimrat Duisberg abgehaltenen Vollversammlung zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung Stellung. Während das Programm in seinen Grundzügen begrüßt wurde, schloß sich die Kammer einmütig den Ausführungen ihres Syndikus an, die dieser gegen die Einfuhrkontingentierung für landwirtschaftliche Erzeugnisse machte. Durch diese Maßnahme werde jede wirtschaftliche Belebung im Keime erstickt. Die deutsche Ausfuhrindustrie werde die Gegenmaßnahmen des Auslands in starkem Maße zu tragen haben. Die von ihr abhängigen umfangreichen Käuferkreise würden als Abnehmer der Produkte der deutschen Landwirtschaft in Wegfall kommen und damit würde auch die Landwirtschaft selbst aus der Einfuhrkontingentierung keinen Nutzen ziehen können. Es müsse daher schärfster Einspruch gegen diesen Punkt des Regierungsprogramms eingelegt werden.

Schonzeit für Fasanen verlängert

Die Schonzeit für Fasanenhähne und -Hennen ist um 14 Tage verlängert worden. Sie endet demnach am 29. September, sodaß der 30. September der erste Jagdtag ist.

Frachtermäßigung der Reichsbahn für Frischobst

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft gewährt vom 15. September bis 31. Dezember 1932 für den Stückgutversand von frischen Aepfeln, Birnen, Pflaumen (Zwetschen) einen Frachtnachlaß, der ungefähr 30 Prozent beträgt.

Schädigung der Wege durch Lastkraftwagen

In den letzten Jahren sind der Deutsche Städtetag und die Städte wiederholt beim Reichsverkehrsminister vorstellig geworden, daß Vorschriften gegen das systematische Ueberladen der Lastkraftwagen erlassen werden. Zu einer Aenderung der Gewichts- und Bereifungsvorschriften hat sich der Minister im Augenblick nicht entschließen können. Für später sind Aenderungen der Bestimmungen über den Felgendruck und die Höchstgeschwindigkeiten beabsichtigt. Um kommunalen Anträgen, deren Berechtigung anerkannt wird, entgegenzukommen, hat der Minister die führenden Interessenverbände des Lastkraftwagenverkehrs eindringlich darauf hingewiesen, daß künftig die bestehenden Gewichts- und Bereifungsvorschriften für Kraftfahrzeuge zur Schonung der Landstraßen eingehalten werden müssen. Er hat hierbei u. a. folgendes erklärt:

„Ich muß dringend ersuchen, Ihre Mitglieder zu einer strengen Beachtung der bestehenden Gewichts- und Bereifungsvorschriften für Kraftfahrzeuge anzuhalten. Ich hoffe, daß Ihr Mahnruf an Ihre Mitglieder nicht unbeachtet bleiben wird. Andernfalls würde ich mich, nicht zuletzt im eigenen Interesse der Kraftfahrzeughalter, die auf die Straße angewiesen sind, genötigt sehen, eine Aenderung der Kraftfahrzeugordnung in Erwägung zu ziehen".

Radiogerät eines Landwirts ist nicht pfändbar

Es dürfte noch nicht überall bekannt sein, daß einem Landwirt der Radioapparat nicht gepfändet werden kann. Wenn man auch eine Rundfunkempfangsanlage nicht als für einen Landwirt unentbehrlich ansehen kann, so geht doch immerhin ihr Wert für ihn über eine bloße Nützlichkeit hinaus. Die Radioanlage ist deshalb für einen fortschrittlichen landwirtschaftlichen Betrieb als ein im Sinne der Zivilprozeßordnung erforderliches und daher der Pfändung nicht unterworfenes Gerät anzusehen, wenn auch ihre Einführung bei der gegenüber Neuerungen zurückhaltenden Landbevölkerung langsam vor sich geht. Der Rundfunk ist für den Landwirt zu einem wirtschaftlichen Hilfsmittel geworden, z. B. wegen der Bedeutung der Wettervorhersagen und der Marktberichte.

Ist Aufgeld beim Briefmarkenverkehr gestattet?

Von Geschäftsleuten, die nebenbei im Interesse ihrer Kunden Briefmarken, Postkarten usw. verkaufen, wird in neuerer Zeit ein Aufgeld genommen, das in den meisten Fällen einen Pfennig für das Stück beträgt. Da die Käufer den Geschäftsleuten ein solches Recht absprechen, kommt es häufig zu Auseinandersetzungen, wobei sich die Geschäftsleute auf den Standpunkt stellen, daß sie keine Veranlassung haben, Postwertzeichen ohne Verdienst zu verkaufen und dadurch den Postschalterverkehr auf ihre Kosten zu entlasten.

Das Reichspostministerium teilt dazu mit, daß die Geschäftsleute im Recht seien, denn es sei zugelassen, beim Verkauf von Postwertzeichen im allgemeinen ein Aufgeld bis 5 v. H. zu nehmen. Beim Verkauf einzelner Wertzeichen sei der geringste Betrag ein Pfennig. Die Postverwaltung ist zu diesem Schritt veranlaßt worden, weil von Kleinhändlerorganisationen schon seit Jahrzehnten Anträge gestellt werden, den Kleinhändlern beim Kauf von Marken bei der Post einen angemessenen Rabatt zu gewähren. Weil hiergegen grundsätzliche Bedenken bestehen, sei man den Geschäftsleuten in der gedachten Weise entgegengekommen.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Haftbefehl gegen einen Aufrührer

Dem Amtsgericht Solingen wurde ein Fabrikarbeiter aus Thüringen, der dort an Aufruhrhandlungen teilgenommen und einen Polizeibeamten getötet oder schwer verletzt haben soll, vorgeführt. Genaue Ermittlungen darüber werden zurzeit noch unternommen. Wegen Fluchtverdachts und Verdunklungsgefahr wurde Haftbefehl gegen ihn erlassen.

Wuppertal

14% der Wuppertaler Bevölkerung arbeitslos

Auf dem Wuppertaler Arbeitsmarkt setzte sich im Monat August die rückläufige Bewegung unter der wiederholt beobachteten Begleiterscheinung der Abweichung vom Reichsdurchschnitt nach der ungünstigen Seite weiter fort. Es war ein weiterer Rückgang der Beschäftigtenzahl um 409 zu verzeichnen, so daß die Zahl der Arbeitsuchenden auf 58 311 stieg. Auf 1000 umgerechnet zählte Wuppertal am 31. August 1932 etwa 139 Arbeitslose. Es wird damit im Rheinland nur noch von Solingen (172,5) und Duisburg (149,9) übertroffen.

Wuppertal. Selbstmord. Der städtische Rechnungsdirektor Garbe von der Stadtverwaltung Wuppertal, gegen den ein Verfahren wegen des Verbleibs von 14 000 RM. Mitgliederbeiträgen der Komba schwebte, hat sich im Krankenhaus durch Erhängen das Leben genommen. Garbe hatte immer die Version aufrecht erhalten, daß er die Gelder als Darlehen ausgegeben habe, durch sein Ehrenwort aber verpflichtet sei, die Darlehnsempfänger nicht namhaft zu machen. Es schwebte gegen ihn sowohl ein Disziplinarverfahren wie auch ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren.

Düsseldorf

Düsseldorf. Abschluß der Tagung des Schriftstellerverbandes. Die Tagung des Deutschen Schriftstellerverbandes wird ihren Ausklang im Künstlerverein Malkasten finden. Samstag, 17. September, werden nachmittags Rudolf Herzog und Herbert Eulenberg aus eigenen Werken vorlesen. Abends findet die Uraufführung des Gegenwartsschauspiels „Männer im Kampf" von Kurt Sommerer statt.

Düsseldorf. Festgenommene Fernsprechautomatenräuber. Nach dem Verschwinden der Glücksspielapparate, die ab 1. d. Mts. in Düsseldorf verboten sind, hat sich die Zunft der Knacker den Automaten in Fernsprechzellen zugewandt. In mehreren Nächten hintereinander wurden verschiedentlich die Automaten beraubt. Es wurden daraufhin zahlreiche Kriminalstreifen eingesetzt und es gelang auf diese Weise ein „Kleeblatt" zu verhaften, das mit den erforderlichen Werkzeugen ausgerüstet war. Seit der Festnahme dieses Trios sind die Beraubungen nicht mehr festgestellt worden. Weiter wurde ermittelt, daß die Verhafteten auch noch andere Straftaten auf dem Kerbholz haben.

Köln

Schärfere Anwendung der Abwehrmaßnahmen gegen die Prostitution

Wie in anderen Städten hat sich auch der Kölner Polizeipräsident entschlossen, gegen das öffentliche Auftreten von Prostituierten in dem Maße wie es heute der Fall ist, schärfer vorzugehen. Wie das Polizeipräsidium in einer Mitteilung betont, werden durch die Art des Herumstehens und des Ansprechens von Passanten und im Zusammenhang damit durch das öffentliche Anerbieten zur Unzucht weite Kreise der Bevölkerung abgestoßen und verletzt sowie öffentliche Ordnung erheblich gestört. In Zukunft werde deshalb auf Grund des § 14 PVG in allen Fällen, in denen ein erheblicher Verstoß gegen die öffentliche Ordnung vorliegt, mit Zwangsmaßnahmen vorgegangen.

Köln. Die Tagung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen. In Köln tagte die Hauptversammlung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen. 100 Vertretungen aller Mitgliedsländer waren anwesend. Den Vorsitz führte der Präsident der Reichsbahndirektion Berlin, Dr. ing. h. c. Marx. Die Versammlung, an der auch der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dorpmüller teilnahm, wurde von Oberbürgermeister Dr. Adenauer begrüßt. Die Versammlung nahm einstimmig einen Antrag an, den seit 1847 geführten Namen Verein Deutscher Eisenbahnverwaltungen zu ändern in die neue Bezeichnung: Verein mitteleuropäischer Eisenbahnverwaltungen. Bei der Beratung dieses Antrages kam zum Ausdruck, daß mit diesem Namenswechsel kein Bruch mit der bisherigen Ueberlieferung einsetzen solle, sondern daß die seit Jahren bereits erwogene neue Bezeichnung notwendig geworden sei, um den heutigen geographischen Wirkungskreis zum Ausdruck zu bringen und um die internationale Bedeutung und das internationale Ansehen zu stärken. Abends folgten die Teilnehmer einer Einladung des Kölner Oberbürgermeisters in den Hansesaal des Rathauses zum Zweck einer Aussprache.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Beim Spiel zu Tode gekommen

Leverkusen, 16. Sept. Am Mittwoch gegen 21,45 Uhr hat sich der 26 Jahre alte Laborant Armin Dö. in der Wohnung eines am Kaiserplatz wohnhaften Bekannten, bei dem er zu Besuch weilte, beim Spielen mit einem 6-Millimeter-Tesching einen Schuß in den Kopf beigebracht. Das Geschoß drang dem Unglücklichen unterhalb der Nase in den Kopf ein und blieb im Gehirn stecken. Der sofort hinzugezogene Arzt konnte nur den Tod des D. feststellen.

Das wiedergefundene Motorrad

Leverkusen, 16. Sept. Das in der Sonntagnacht gestohlene Motorrad ist in einem Walde bei Dünnwald wiedergefunden worden. Als Täter wurde ein Bäder aus Manfort ermittelt, der mit dem Rade unberechtigter Weise verschiedene Ausflüge unternommen hatte.

Durstige Kehlen

Langenfeld, 16. Sept. Hierselbst wurde in einer Wirtschaft eingebrochen. Die Diebe haben anscheinend aus Durstqualen gehandelt, denn sie tranken an Ort und Stelle ein Faß Bier leer. Gestohlen wurde nichts.

Leichlingen, die Stadt der alten Leute

Leichlingen, 16. Sept. Es ist allgemein bekannt, daß in der Blütenstadt und Obstkammer des Bergischen Landes eine gesunde Luft weht. Ein neuer Beweis dafür ist die Tatsache, daß dort im Monat September 23 Männer und Frauen über 72 Jahre alt werden. Diese 23 repräsentieren zusammen ein Alter von 1778 Jahren. Das macht auf die einzelne Person 77 1/3 Jahre. In Wirklichkeit sind vorhanden: 7 Personen von 72 Jahren, 2 von 73, 3 von 74, je 1 von 76, 77, 78, 80, 82, 87, 88 und 95 Jahren sowie 3 Personen, die im September 81 Jahre alt werden.

Reichsjugendwettkämpfe in Odenthal

Dienstagmorgen, bei dem ausgesucht schönen Sportwetter, versammelten sich die Schulen der Bürgermeisterei Odenthal auf dem Odenthaler Sportplatze zur Austragung ihrer seit Jahren üblichen Reichsjugendwettkämpfe. Etwa 400 Jungen und Mädchen belebten den grünen Rasen.

Die Herren Lehrer Spallek, Schildgen und Rüthen, Altenberg übernahmen die Knaben vom 3. Schuljahr aufwärts, um gemeinsame turnerische Freiübungen vorzuführen. Die einzelnen Uebungen gelangen vorzüglich und stellten unter Beweis, daß in den Schulen der Gemeinde Odenthal dem Turnunterricht die ihm gebührende Stellung und Pflege zuteil wird.

Herr Lehrer Schnippering, Voiswinkel begrüßte nun die erschienenen Gäste: Herrn Bürgermeister Brochhagen, Odenthal und die Pfarrherren von Odenthal, Altenberg und Schildgen sowie die geistlichen Herren Rottländer und Schmitz. Herr Schulrat Overmeyer, der in früheren Jahren regelmäßig anwesend war, konnte diesmal wegen dienstlicher Verhinderung nicht erscheinen. Darauf ergriff Herr Lehrer Hildenstab das Wort zu einer bemerkenswerten Verfassungsrede, in der er den Kindern in faßlicher Weise die Notwendigkeit und den Wert der heutigen Reichsverfassung nahe zu bringen wußte. Der Name Weimarer Verfassung gab Anknüpfung und Gelegenheit, auch des Dichters Goethe zu gedenken, dessen Todestag sich zum 100. Male jährt. Die Verfassungsrede endete mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unser durch die gemeinsame Verfassung geeintes deutsches Vaterland und anschließend das Deutschlandlied.

Die einzelnen Schulen stellten nunmehr ihre Einheiten auf zur Austragung der eigentlichen Reichsjugendwettkämpfe in Ballweitwurf, 75 Meter Lauf und Weitsprung. Naturgemäß waren die Ergebnisse der verschiedenen Schulen sehr unterschiedlich, da sich in den oberen Jahrgängen nicht derselbe Maßstab für alle Schulen anlegen läßt. Die Wertung der Leistungen geschah einheitlich nach Punkten. Danach erzielte Schule Schildgen 323 1/2 P., Scheuren 297 1/2 P., Altenberg 278 P., Voiswinkel 271 1/2 P., Hüttchen 245 P., Schallemich 221 1/2 P., Odenthal 219 1/2 P.

Nach Verkündung der Kampfergebnisse durch Herrn Lehrer Schnippering sprach im Auftrage des inzwischen abberufenen Herrn Bürgermeisters Brochhagen Herr Pastor Schäfer, Odenthal zu den Kindern Dankesworte für ihren bewiesenen Fleiß und die aufgewendeten Mühen. Er lobte das schöne treue Zusammenhalten der Schulen im Gemeindebezirk sowie das gute Einvernehmen zwischen Lehrern und Schülern. An fünf Schulen mit den höchsten Punktzahlen gelangte je eine Ehrenurkunde des Herrn Reichspräsidenten zur Verteilung. Weiter konnte der Herr Pastor Schäfer an drei Knaben und zwei Mädchen jeder Schule Geschenkbüchlein zum Andenken verteilen, da die Gemeindeverwaltung in dankens- und anerkennenswerter Weise trotz der Not der Zeit einige Mittel für diesen guten Zweck zur Verfügung gestellt hatte. Der Redner wies die Kinder noch hin auf ihre schöne bergische Heimat und fand die Veranstaltung mit dem Absingen des Bergischen Heimatliedes einen hellen und schönen Ausklang.

Die Kölner Herbstmesse

Fahrpreisermäßigung für Besucher der Kölner Herbstmessen

Die den Besuchern der Kölner Messen in diesem Jahre zum ersten Mal gewährte Fahrpreisermäßigung um 33 1/3 Prozent gilt sowohl für die Messe für Haus- und Küchenbedarf (18.—20. September) als auch für die 7. Westdeutsche Gastwirts- und Hotelfachmesse (17.—25. September).

An die mit einem Einkäuferausweis für die Messe für Haus- und Küchenbedarf versehenen Messebesucher können von allen im Umkreis von 200 Klm. von Köln gelegenen Bahnhöfen Sonntagsrückfahrkarten nach Köln an folgenden Tagen und mit folgender Geltungsdauer ausgegeben werden am: 17. September (Sonnabend) geltend ab 12 Uhr bis zum 19. September (Montag) 9 Uhr (Antritt der Rückreise); 18. September (Sonntag) geltend ab 0 Uhr bis zum 19. September (Montag) 9 Uhr (Antritt der Rückreise); 19. September (Montag) geltend ab 0 Uhr bis 24 Uhr (Antritt der Rückreise); 20. September (Dienstag) geltend ab 0 Uhr bis 24 Uhr (Antritt der Rückreise).

An die mit einem vom „Provinzial-Wirte-Verband Rheinland" ausgestellten Delegierten-Ausweis oder mit einer Eintrittskarte zur Gastwirtsmesse versehenen Messebesucher können von allen Bahnhöfen, bei denen Sonntagsrückfahrkarten bereits aufliegen diese Sonntagsrückfahrkarten abweichend von der sonst geltenden Regelung auch ausgegeben werden am: 17. September (Sonnabend) geltend ab 0 Uhr bis zum 19. September (Montag) 9 Uhr (Antritt der Rückreise); 22. September (Donnerstag) geltend ab 0 Uhr bis 24 Uhr (Antritt der Rückreise); 24. September (Sonnabend) geltend ab 0 Uhr bis zum 26. September (Montag) 9 Uhr (Antritt der Rückreise).

Westdeutsches

Godorf. Kein Autohehlernest in Godorf. Durch die Oeffentlichkeit ging die Meldung, in Godorf sei ein Hehlernest aufgehoben worden, in dem gestohlene Autos für den Verkauf umgearbeitet worden seien. Es konnte durch die Meldung auch der Glaube erweckt werden, als wäre damit ein guter Fang gemacht und insbesondere Spezialisten auf dem Gebiete des Autodiebstahls das Handwerk gelegt worden. Die ganze Geschichte schrumpft in Wirklichkeit auf die Tatsache zusammen, daß drei junge Burschen im Alter von etwa 16 Jahren, die zudem bisher unbescholten sind, ein Motorrad, kein Auto, gestohlen hatten und in Godorf an den Mann bringen wollten. Die drei wurden dabei geschnappt und festgenommen.

Aachen. Um die Erhaltung der Oberpostdirektion Aachen. Auf Einladung der Stadtverwaltung traten Vertreter der Industrie, des Handels, des Handwerks, der Arbeitgeberverbände, der Gewerkschaften und der Presse zu einer Beratung über die beabsichtigte Aufhebung der Oberpostdirektion Aachen zusammen. Der einmütigen Auffassung aller Anwesenden gab Bürgermeister Servais in einem kurzen Referat Ausdruck, und erklärte, daß der Aufhebung der Oberpostdirektion Aachen sowohl aus wirtschaftlichen als auch politischen Gründen nachdrücklich widersprochen werden müsse. Die Bevölkerung an der Grenze versteht es nicht, wenn das Reich dazu übergehe, gerade hier seine Hoheitseinrichtungen abzubauen. Ein solcher Abbau liege bestimmt nicht im nationalen Interesse. Mit Nachdruck wies der Redner auf die ungleiche Behandlung hin, die die Rheinprovinz gegenüber anderen Ländern erfahren würde, wenn die Absicht der Aufhebung der Oberpostdirektionen Aachen und Trier durchgeführt werden sollten. In der Rheinprovinz mit einer Bevölkerungszahl von 7,5 Millionen würden dann noch drei Oberpostdirektionen bestehen, während z. B. in Bayern mit 7,3 Millionen Einwohner nicht weniger als acht Oberpostdirektionen bestehen würden. An der Aussprache beteiligten sich Mitglieder aller vertretenen Organisationen. Namentlich wiesen die Vertreter von Industrie und Handwerk darauf hin, daß gerade die durch Friedensvertrag und Nachkriegszeit verursachten Schwächungen des Bezirks eine stärkere Verankerung der Hoheit des Reiches erfordern, und daß andererseits die Aufhebung die beabsichtigten Ersparnisse gar nicht bringen werde.

Das Neueste

Das Reichskabinett tritt morgen wieder zusammen, um sich mit der Frage der Kontingentierung und mit dem Zinsproblem zu beschäftigen.

Wie die Berliner Blätter wissen wollen, sollen in nächster Zeit auf einer Reihe deutscher Auslandsposten Veränderungen stattfinden.

Das Verbot der „Berliner Volkszeitung" ist wieder aufgehoben worden.

Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes setzt sich in einer Erklärung für die Erhaltung der Volksrechte ein.

Auf einer Kundgebung der NSDAP im Sportpalast nahmen Reichstagspräsident Göring und Dr. Göbbels, der in seinen Ausführungen die Machtansprüche der Nationalsozialisten begründete, das Wort.

Auf einem Appell der SA und SS in München, nahm Hitler scharf Stellung gegen die Regierung Papen und die Deutschnationalen.

Die nationalsozialistische Regierung des Freistaates Oldenburg hat durch Verordnung eine Kürzung der Beamten- und Angestelltengehälter um 3 bis 20 Prozent ab 1. Oktober vorgenommen.

Die Generaldirektion der Saargruben hat eine neuerliche Lohnherabsetzung verfügt, die zwischen 10 und 15 Prozent schwankt.

Die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage wurde in den letzten Tagen im London Foreign Office erörtert.

Die „Morning Post" erklärt, einen Weg aus den Schwierigkeiten, die die deutsche Gleichberechtigungsforderung hervorrufe, könne darin gefunden werden, daß man die Sonderbestimmungen des Teiles 5 des Versailler Vertrages außer Kraft setze und Deutschland erlaube, dieselben Waffen zu besitzen, auf deren Beibehaltung sich die anderen Staaten einigen. Deutschland solle aber wenigstens bis auf weiteres eine Beschränkung für die zahlenmäßige Stärke seines Heeres und für die Ausrüstung auferlegt bleiben. Es sei möglich, daß sich Deutschland damit auf die Dauer von 5 oder 10 Jahren einverstanden erkläre.

An der Unglücksstelle des vor längerer Zeit im dichten Nebel gesunkenen englischen U-Boots „M 2" stießen am Donnerstag ebenfalls im dichten Nebel ein englisches U-Boot und ein Minensucher zusammen. Beide Fahrzeuge wurden ziemlich schwer beschädigt. Verletzt wurde niemand.

Die Aufräumungsarbeiten an der Stelle der Eisenbahnkatastrophe in Algerien sind noch nicht zum Abschluß gekommen. 212 Verletzte wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

In Mencia bei Cordova (Spanien) wurden die Kirche und das Kloster durch eine Feuersbrunst zerstört. Es liegt Brandstiftung vor.

Die mandschurische Regierung hat anschließend an die Unterzeichnung des Vertrages mit Japan mitgeteilt, daß China vom 25. Oktober an in allen Angelegenheiten des Zollwesens, des Handels und der Schiffahrt als Ausland betrachtet werde.

Die Unterzeichnung des mandschurisch-japanischen Vertrages gab in Tokio Anlaß zu großen Feierlichkeiten.

Der Führer der chilenischen Gegenrevolution, Fliegerkommandeur Merino, der sich den Regierungstruppen ergeben hat, wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Auf der Nordinsel von Neuseeland richtete ein starkes Erdbeben großen Sachschaden an.

Ein Dementi Görings

Die in einem Teile der gestrigen Abendpresse verbreitete Nachricht, Reichstagspräsident Göring hätte bei einer am Montag-Abend unmittelbar nach der Reichstagssitzung stattgefundenen Abendunterhaltung erklärt, er wäre fest entschlossen gewesen, den Reichskanzler unter keinen Umständen zu Worte kommen zu lassen, stimmt weder dem Sinne noch dem Wortlaut nach.

Frankfurt a. M. Wieder Absturz eines Segelfliegers. Auf dem Frankfurter Flugplatz stürzte ein Segelflugzeug, das von dem Kaufmann Ludwig Müller gesteuert wurde, kurz nachdem es in die Höhe geschleppt worden war, aus 30 Meter Höhe ab und ging in Trümmer. Der Pilot erlitt einen komplizierten Unterschenkelbruch und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Das Wetter von heute und morgen

Keine wesentliche Aenderung des am Tage heiteren und warmen Wetters.

Bacharach. Weinlesefest in Bacharach am Rhein. Wenn die goldenen Trauben an den Hängen leuchten, wird die Weinlese in dem alten rheinischen Winzerstädtchen Bacharach festlich begangen, in diesem Jahre vom 8.—10. Oktober. Es ist weit über die Grenzen des Weinbaugebietes bekannt, und lockt alljährlich zahlreiche Besucher aus allen Teilen Deutschlands herbei. Ist doch die kleine romantische Weinstadt mit ihrem mittelalterlichen Gepräge, ihren historischen Bauten und Denkmälern, fruchtbaren Weinhängen inmitten so schöner, froher Natur der gegebene Platz für Feste voll überschäumender Lebensfreude. — Böllerschießen eröffnet das Weinlesefest am Vorabend. Fackelzug und Beleuchtung werfen ihren magischen Schein über das Städtchen, Winzerreigen und Konzert auf dem freien Marktplatz bilden den Höhepunkt des Vorabends. Der Sonntag ist dem großen, berühmten Winzerzug und den anschließenden Veranstaltungen gewidmet. Originell und urwüchsig ist besonders das von der Armbrustschützengilde durchgeführte altertümliche Vogelschießen.

Speyer. Die Pfalz bekommt einen neuen Regierungspräsident. Mit Wirkung vom 16. September an ist der Ministerialrat im bayerischen Ministerium für Kultur und Unterricht, Ludwig Osthelder, zum Regierungspräsident der Pfalz ernannt worden

Minden. Selbstmord im Polizeigefängnis. Auf der Mindener Polizeiwache meldete sich ein 27jähriger Wanderbursche aus Oberhausen und bezichtigte sich selbst des Fahrraddiebstahls. Als er in Polizeigewahrsam genommen wurde, bat er um eine Pistole, damit er sich das Leben nehmen könne. Auch sonst zeigte er ein sehr verstörtes Wesen. Als er sich später in der Zelle befand, zerriß er mit den Zähnen seinen Strohsack und erhängte sich. Obwohl die Tat bald bemerkt wurde, konnte der Mann nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden.

Lemgo. Vom Eisenharen aufgespießt. Ein schwerer Unfall ereignete sich in Hummerbruch bei Boesingfeld. Der Hausohn Schwabedissen war damit beschäftigt, Kornsäcke auf den Boden zu tragen, als plötzlich eine Sprosse der Leiter brach. Der junge Mann stürzte so unglücklich, daß ihm der die Leiter haltende Eisenhaken in den Unterleib drang und ihn förmlich aufschlitzte. In hoffnungslosem Zustande wurde der Unglückliche dem Krankenhause zugeführt.

Bad Kreuznach. Den Onkel im Streit erschlagen. In Wöppenroth (Hunsrück) wurde der 56 Jahre alte Landwirt Konradt mit schweren Kopfverletzungen bewußtlos gefunden. Ohne das Bewußtsein wiederzuerlangen starb er. Zwei jugendliche Neffen des Erschlagenen verwickelten sich, über den Tod Konradts befragt, in Widersprüche und gaben schließlich zu, ihren Onkel im Streit mit einem Joch niedergeschlagen zu haben. Die beiden wurden festgenommen.

Münster. Ein mutiges Mädchen. — Zwei Räuber in die Flucht geschlagen. Wie der Polizeibericht meldet, versuchten zwei junge Burschen in einem Kolonialwarengeschäft an der Elsässer Straße einen Raubüberfall auszuführen. Während die 26jährige Tochter des Inhabers allein anwesend war, betraten die beiden Burschen den Laden und forderten etwas Abfall. Es wurde ihnen auch ein größeres Stück Wurst gereicht. Sofort nach Erhalt der Wurst warf sie der eine Täter dem Mädchen ins Gesicht, während der zweite hinter die Ladentheke drang. Als das Mädchen dem Eindringling energisch entgegentrat, wurde es von dem anderen Burschen tätlich angegriffen und mit einem spitzen Gegenstand am Oberarm verletzt. In der Abwehr ergriff das mutige Mädchen eine gefüllte Selterswasserflasche und schlug damit auf den Angreifer ein, der am Kopfe verletzt wurde und blutüberströmt mit seinem Komplizen die Flucht ergriff. Offenbar hatten es die Burschen auf die Ladenkasse abgesehen. Sie waren etwa 15 bezw. 19 Jahre alt.

Turnen und Sport in der Heimat

Ballspielverein 1911 Burscheid

Am kommenden Sonntag werden die Meisterschaftsspiele fortgesetzt. Die Burscheider stoßen auf eigenem Gelände gegen Grund und werden zu beweisen haben, daß sie gegen diesen Remscheider Kontrahenten bestehen können. Im verflossenen Jahre konnte Grund zweimal bezwungen werden und es wäre wirklich an der Zeit, wenn die Grünweißen endlich die ersten Punkte sammeln würden. Das Spiel beginnt um 3,30 Uhr auf dem Spielplatz in Griesberg.

Die 2. Mannschaft tritt, ebenfalls auf eigenem Gelände, gegen Rade an und wird sich anstrengen müssen, wenn der erste Sieg in dieser Serie zustande kommen soll. Jedenfalls hat die Mannschaft sehr viel gut zu machen, denn nach zwei Niederlagen wäre es angenehm, über einen Sieg berichten zu können. Das Spiel beginnt um 12,15 Uhr mittags auf dem Platz in Griesberg.

Die 1a Mannschaft hat ihr erstes Serienspiel auszutragen und stößt auf die 1a Mannschaft von Wermelskirchen, die aller Wahrscheinlichkeit nach stärker sein wird, als die Burscheider. Für diese Mannschaft kommt es darauf an, daß sie sich im Spielaufbau gegenseitig kennen lernt. Dieses Spiel, welches ebenfalls auf dem Platze in Griesberg ausgetragen wird, beginnt um 9,45 Uhr vormittags. Die Zeiten sind von allen Mannschaften genauestens einzuhalten.

Turngemeinde Burscheid e V

Bei gutem Wetter werden am morgigen Samstagnachmittag auf dem Sportplatz Griesberg die Vereinsmeisterschaften der Turngemeinde ausgetragen. Die Wettkämpfe finden dieses Jahr ausnahmsweise nur für Schüler und Jugendliche statt. Neben dem Dreikampf gibt es auch noch einige Einzelkämpfe. Von Seiten der eifrigen Schüler wird mit einer großen Beteiligung zu rechnen sein. Jeder wird versuchen, möglichst viel Punkte zu bekommen, um damit für dieses Jahr Vereinsbester zu sein.

Die Wettkämpfe beginnen um 4 Uhr.

Turngemeinde Hilgen

Am kommenden Sonntag spielt die 1. Elf auswärts. Sie muß nach Remscheid-Hasten zum fälligen Meisterschaftsspiel gegen die erste Einheit des dortigen Turnvereins. Die Gastgeber haben am vergangenen Sonntag zum ersten Male in die Serienspiele eingegriffen und bewiesen schon sofort, daß sie sich in vorzüglicher Verfassung befinden. Für Hilgen heißt es, die Schlappe vom vergangenen Sonntag wieder wettzumachen, besonders der Sturm muß vieles wieder gut machen.

Anfang des Spieles 15 Uhr in Hasten. Abfahrt per Auto um 13 Uhr ab Vereinslokal.

Die Jugendmannschaft spielt ebenfalls in Remscheid und zwar spielt sie auf dem Sportplatz „Deutsche Eiche" gegen die 2a Jugend vom Remscheider TV 61 ihr fälliges Meisterschaftsspiel. Aller Voraussicht nach bleiben die Hilgener in diesem Treffen Sieger, da sie doch am vorigen Sonntag gegen die 1. Jugend desselben Vereins einen Sieg davon getragen haben.

Die Jugendspieler fahren mit dem Auto der ersten Mannschaft.

DT-Handball

Bergischer Gau

Die Meisterschaftskämpfe im Turnerhandball nehmen am Sonntag ihren Fortgang und werden sie allmählich die einzelnen Positionskämpfe um den Anschluß an die Spitze bringen.

Gauklasse, Gruppe 1

Tv. Bliedinghausen 1. — RTV 61 1.
Herbeck 1. — Lennep 1.

Gauklasse, Gruppe 2

Hasten 1. — Hilgen 1.

Der Papierform nach sollten die Platzherren unbedingt gewinnen müssen, aber man soll den Gegner keineswegs unterschätzen. Konnten doch die Hilgener in den letzten Treffen gegen Goldenberg und VfB beachtenswerte Ergebnisse erzielen. Der Sieger in dieser Begegnung, die um 15 Uhr auf dem Platz an der Oberhützerstraße steigt, wird jedenfalls erst beim Schlußpfiff feststehen.

RTV 61 1b — Haddenbach 1.
Jahn 1. — Goldenberg 1.

Bezirksklasse, Gruppe 1

Wermelskirchen 1. — Burg 1.

Bezirksklasse, Gruppe 2.

Hasten 1b — Honsberg 1.

Jugendklasse

Reinshagen 1a — Hasten 1a
RTV 61 2a — Hilgen 1a

Neben den zahlreichen Meisterschaftsspielen finden noch recht spannende Freundschaftsspiele statt, die gleichfalls stärkste Anteilnahme der Zuschauer finden werden.

Bedeutsame Turnertagungen in Remscheid

Die rheinische Turnerschaft, die alljährlich einen großen Teil ihrer Tagungen und Lehrgänge im Kreisheim zu Remscheid-Reinshagen abhält, ruft auch am kommenden Sonntag wieder die vielen Turnerführer zu arbeitsreichen und bedeutsamen Tagungen nach Remscheid.

Der Hauptausschuß des Kreises Rheinland tagt bereits am Samstagabend in Remscheid-Reinshagen zu wichtigen Beratungen. Neben den allgemeinen Berichten interessieren brennende Tagesfragen und viele weiteren Dinge; u. a. Vertragsfragen, Jugendbewegung, Kreisveranstaltungen usw. werden ernsthafte Erörterungen hervorrufen. Die Sitzung beginnt um 18 Uhr im DT Kreisheim und ist als vorbereitende Tagung für die am Sonntagmorgen stattfindende Sitzung des Kreishauptausschusses mit den Gauvertretern anzusehen. Der Kreishauptausschuß wird zusammen mit den Vertretern der zwölf Gaue des rheinischen Turnkreises um 9 Uhr zusammentreten. Auch für diese Tagung liegt außerordentliches Arbeitsmaterial vor. Hauptpunkte der Beratungen sind die nachstehenden Merke der Tagesordnung; Bestandserhebung, Freiwilliger Arbeitsdienst, Betreuung der Auslandsvereine, Lehrgänge an der Deutschen Turnschule, Genehmigungen, Kreisturnfest 1934, kleiner Kreisturntag 1933 usw.

Von besonderer Bedeutung wird der Verlauf der Tagungen insofern sein, als sie erstmalig in dem erweiterten Kreisheim stattfinden.

Männerturntag in Wermelskirchen

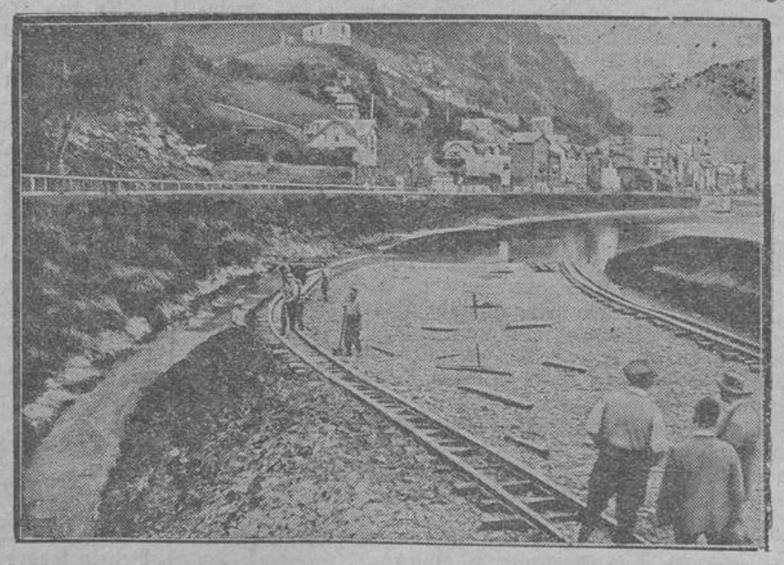
Zum dritten diesjährigen Gaumännerturnwarte- und Vorturnertag versammelt der Bergische Gau seine Turner aus den einzelnen Vereinen am Sonntagnachmittag in Wermelskirchen, wo unter der Leitung des Gaumännerturnwartes Keusen sich ein arbeitsreiches Programm abrollen wird. Der praktische Betrieb bringt in steter Abwechslung Laufschule, Freiübungen, Sprünge am Pferd, Reckturnen und Turnspiele.

Auch an der folgenden Nachbesprechung werden alle Turner, die um 15 Uhr in der Halle des Wermelskircher Tv. erscheinen, teilnehmen.

Gaufrauenturntag in Wipperfürth

Am gleichen Tage findet auch für die Frauenturnwarte die dritte diesjährige praktische Tagung statt. Auch dort beginnt um 15 Uhr ein vielseitiges turnerisches Programm, zu dem alle verpflichteten Turnerinnen und Turner pünktlich erscheinen sollen.

Die Mosel-Uferstraße bei Cochem wird verlegt



Die Provinzialstraße bei Cochem, die bekanntlich bei dem letzten Bergrutsch schwer beschädigt wurde, wird auf eine Länge von einem Kilometer 50 Meter weit in die Mosel hineinverlegt, um die Straße auch bei möglichen späteren Bergrutschen außerhalb der Gefahrenzone zu halten. Unser Bild berichtet von der Anschüttung d. Straßendammes, bei dem etwa 40000 Kubikmeter Felsgestein u. Erdreich verwendet werden

Vom Büchertisch

Das war das Ende

Die Tragödie des Kriegsendes ist der gewaltige und furchtbare „Stoff" eines neuen Tatsachenberichtes, den jetzt Bruno Brehm im Vorabdruck der „Münchner Illustrierten" vorlegt. Er schildert die wahren Vorgänge vom Waffenstillstand bis Versailles: die Verhandlungen Erzbergers, die entscheidenden Stunden im Großen Hauptquartier, Wilsons Eingreifen, die Auslieferung der deutschen Flotte, das Attentat auf Clemenceau und den dramatischen Abschluß der Friedens-Verhandlungen im Spiegelsaal von Versailles — den packendsten und erschütterndsten Bericht, den wir vom Ende des Weltkrieges besitzen. Den Anfang bringt die neue Nummer der „Münchner Illustrierten" (Nummer 38).

Jähzorn und Liebe

— Den Teufel im Leibe — Eine Lehre, die ich zu spät begriff — Eifersucht — und andere packende Lebensberichten enthält die soeben erschienene Oktober-Nummer der bekannten Erlebniszeitschrift „Wahre Erzählungen und Romane" (Verlag Dr. Selle-Eysler AG, Berlin SO 16). Das reich illustrierte Heft ist für 50 Pfg. überall zu haben.

Geschäftliches

Auch die Hausfrau lernt nie aus!

Trotz ihrer großen Erfahrung dürfte es vielen Hausfrauen noch nicht bekannt sein, daß man aus dem seit über 50 Jahren für Wäsche und Haushalt bewährten Dr. Thompson's Schwan-Seifenpulver eine gut schäumende, reinigungskräftige Seifenpaste bereiten kann. Ein Normal-Paket Schwanpulver in 1¼ Liter kochendem Wasser aufgelöst, ergibt gut umgerührt, nach Erkalten 3 Pfd. Schwan-Seifenpaste, das Pfund kostet also nur 8 Pfg. Ein Versuch überzeugt und ist dringend zu empfehlen. Dr. Thompson's-Schwanpulver in dem bekannten roten Paket erhalten Sie überall. Verwenden Sie in Ihrem Haushalt auch die reine, milde Schwan-Seife?

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Beilage „Landmanns Sonntagsblatt"
Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



ROMAN VON ARNO FRANZ

Gertrud MACLEOD



URHEBERRECHTSCHUTZ · DURCH VERLAG · OSKAR · MEISTER · WERDAU · SA.

8

„Das Plausibelmachen wird mit einem dringenden Telegramm erledigt, das Sie sofort zurückruft. Das also ist sehr einfach. Bezüglich des anderen wollen Sie über mich verfügen. Den Betrag schieße ich gern vor unter der Bedingung, daß wir nach erhaltenem Telegramm mit kurzem — nicht schlichtem — Abschied verduften."

„Daß Sie den wenigstens noch zugestehen," sagte Mac ironisch, „ist sehr nett von Ihnen. Und doch — — Ich kann nicht!"

„Ein Mann kann immer, wenn er will."

„So sagt man und doch gibt es Umstände, wo man eben nicht kann."

„Sprechen Sie sich ruhig aus," sagte Calisch. „Was hält Sie noch in Wiesbaden?"

Mac Leod setzte sich umständlich im Sessel zurecht, brannte sich noch eine Zigarette an — diesmal richtig — und begann: „So — und nun unterbrechen Sie mich bitte nicht. Ich werde beichten. — Es hält mich hier nichts, es läßt mich nur etwas nicht fort. Das kommt scheinbar auf eins heraus und doch nicht. Ich weiß nämlich nicht wohin in Amsterdam. — Die Sache ist folgende: Mein verehrter Herr Schwiegervater übergab mir vor unserer Trauung 10 000 Gulden zur Beschaffung einer standesgemäßen Aussteuer. Nun sind diese 10 000 Gulden alle, aber die Aussteuer ist nicht da. Ein Bett, einen Tisch, einen Stuhl möchte man aber doch zum mindesten zur Gründung eines Hausstandes haben, sonst sieht es so — kahl aus am eigenen Herd. — Dem werden Sie nicht widersprechen wollen, Calisch, und werden infolgedessen zugeben müssen, daß ich schon noch eine kurze Zeit weiterspielen muß, um wenigstens zu einigen Pfennigen zu kommen."

Pieter antwortete nicht. Vor diesem Abgrund stand er stumm. Das war noch nicht erlebt, daß einer sein Heiratsgut in rund vierzehn Tagen bis auf den letzten Heller vertan hatte. Das war ein Novum und nur einem Mac Leod vorbehalten geblieben.

„Nun, mein Lieber, Sie sagen ja gar nichts? Platt über mein Pech — was?"

„Nee," platzte Calisch heraus, „aber sprachlos über Ihren Leichtsinn, über Ihr völliges Unbeherrschtsein, über Ihr frevelhaftes Tun und über Ihre unglaubliche Rücksichtslosigkeit." —

Mit großen Schritten ging er im Zimmer auf und ab. Er war eines klaren Gedankens gar nicht fähig.

„Reden Sie weiter, Calisch. — Vorwürfe beruhigen und Beruhigung tut gut. Was einem ein anderer sagt, braucht man sich nicht selbst zu sagen."

Da fuhr Calisch herum. „Weiß Ihre Gattin von dem allen?"

„Wo denken Sie hin," rief Leod, „nein, so — poesielos bin ich nun denn noch nicht. Flitterwochen! Da hält man doch seiner kleinen Frau das Unangenehme fern."

„Was aber nicht ausschließt, daß man ihr Geld vertut, daß man sie belügt, betrügt, bestiehlt, begaunert und entehrt!"

Das schrie er heraus.

Mac sprang auf, aber mit einem Satze war Calisch bei ihm.

„Sitzenbleiben," donnerte er ihn an. „Jetzt rede ich! Ein Wort dagegen und ich erledige Sie restlos."

Ruhiger fuhr er fort:

„Glauben Sie, ich hätte mich von Ihnen finden lassen um Ihrer selbst willen? — Sie sind faules Holz. Sie sind einer der wertlosesten Menschen, die ich kenne. Ohne jeden Halt, ohne jedes Verantwortungsgefühl. Sie sind ein unnützer Mensch und deshalb ein überflüssiger. Das ist meine Ansicht über Sie. — — Bitte! Ich bin noch nicht fertig. Leider haben Sie eine Frau. Was für eine, das vermögen Sie selbst ja gar nicht zu ermessen, so verkommen sind Sie innerlich. Glauben Sie es nur, es ist so. Denn wenn Sie es nicht wären, dann würden Sie sich nicht so aufführen, daß Koketten, wie diese Malakow, über Ihre Gattin triumphieren. Man müßte kein Mensch sein, um dieser Frau nicht ein besseres Los zu wünschen. Ihrer harrt das gleiche Schicksal, das Sie hundert anderen beschieden haben. — Damit nun nicht diesen sogenannten Kurgästen aus Rußland und andersher ein ergötzliches Schauspiel geboten wird, will ich Sie forthaben von hier. Je schneller, desto besser."

„Ich müßte auch gehen," schalt Leod ein.

„Sie werden gehen," sagte Calisch sehr ruhig und sehr bestimmt. „Weigern Sie sich, so bin ich allen Ernstes entschlossen, Sie hier wie dort unmöglich zu machen. Und darauf werden Sie es nicht ankommen lassen. — Um zu einem Ende zu kommen: Das Telegramm, das Sie zurückruft, trifft morgen ein. Ich werde die Sache erledigen. Karten und Reisegeld stelle ich Ihnen eine Stunde vor Abgang des Zuges durch Boten zu. Sie können damit rechnen. — Hier — diese fünfhundert Mark werden reichen, Ihre hiesigen Verbindlichkeiten abzulösen und die unerläßliche Abschiedsfeier zu entrieren, denn ohne diese geht es ja bei Ihnen nicht. Ich werde morgen verreisen, damit mein Nichterscheinen zu Deutungen keinen Anlaß gibt. So — und nun leben Sie wohl, Herr Hauptmann."

„Das ist ein glatter Hinauswurf?"

„Wie Sie wollen, Herr Leod. — — Halt, etwas noch möchte ich bemerken. Ich selbst fahre einen Tag nach Ihnen. Sofort bei meiner Ankunft in Amsterdam werde ich mich erkundigen, ob Sie da sind. Sind Sie nicht da, bin ich eine Stunde später beim Oberst van der Schild. Und was ich dem erzähle, können Sie sich denken und was Ihnen geschehen wird — auch! — Und nun nochmals: Leben Sie wohl! Hoffentlich sehen wir uns so bald nicht wieder."

„Ich werde es so einzurichten wissen," sagte Mac und ging.

* * *

Das Telegramm war eingetroffen. Traute freute sich, heimzukommen. Sie begann sofort mit dem Einpacken der Koffer und Leod beehrte sich die Fürstin nebst Neffen, Szagony und die de la Motte für den Abend zu einer kleinen Abschiedsfeier zu bitten.

Sie fand im großen Saale des Hotels statt. Dort hatte Mac einen Tisch reservieren lassen. In seinem Keime sah es kunterbunt aus, wie das vor jeder plötzlichen Abreise zu sein pflegt.

Die Herrschaften waren in großer Toilette erschienen.

Pieter fehlte. Seine Abwesenheit entschuldigte Mac mit einer unaufschiebbaren Reise nach Frankfurt.

„Wenn er sich frei machen könne, hat er sagen lassen, würde er sich noch die Ehre geben," log Mac und die Fürstin erwiderte: „Ich kann ihn missen."

Da mußte Traute eine Frage tun. Sie selbst wußte nicht, wie sie dazu kam.

„Warum mögen Sie Calisch nicht leiden, Frau Fürstin," fragte sie.

Es war Betrübnis in ihrer Stimme und ein leises Zittern, als sie fortfuhr: „Es ist doch ein netter Mensch."

„Geschmackssache, mein Liebling," antwortete die Malakow. „Gute Männer fallen mir regelmäßig auf die Nerven. Gute Männer sind langweilige Männer. Vor dieser Erkenntnis behüte Sie ein gütiges Geschick."

„Danke für das Kompliment," sagte Mac, „ich trinke dem — guten Manne ein Vivat."

„Da fahren Sie nur auch gleich nach Frankfurt."

„Morgen erst, gnädige Fürstin, dafür aber gleich nach Amsterdam. Dann wird sich das Bibelwort bewahrheiten, das da sagt: Und es wird große Trauer sein in ihren Herzen," ulkte Leod. „Ich sehe Tränenbächlein fließen."

Die Fürstin beugte sich zur de la Motte hinüber.

„Was sagen Sie dazu, Signora? Trauer und Tränenbächlein! — Werden Sie weinen?"

„Ich sitze im Glück," antwortete die de la Motte und strahlte Koloman liebevoll an. „Bedauern werde ich den Edlen, daß er unsere Gesellschaft missen muß. Amsterdam ist nicht Wiesbaden, der Nassauische Hof keine Kaserne und seine Rekruten sind nicht wir. Wenn einer weint, ist es Mac Leod."

So ging das Geplänkel hin und her — lange, bis endlich Szagony ungeduldig wurde.

Er hatte unterm Tisch längst schon Anschluß an die Signora gefunden. Ein Schuh aus Budapest schmiegte sich an ein Mailänder Stiefelchen und beiden war wohl.

Und als der ungarische Schuh das italienische Stiefelchen besonders zärtlich drückte und beide sich verstanden hatten, sagte Koloman Szagony zu Signora de la Motte:

„Möchten wir nicht einen Drinks nehmen, Gnädigste? In der Bar natürlich. Es ist recht angenehm dort."

Und die Signora nickte.

Mit einem: „Entschuldigen Sie uns einen Augenblick, Verehrteste" forderte „er", Arm in Arm mir „ihr", sein Jahrhundert in die Schranken.

Nun schafft gutes Beispiel Nacheiferung — überall, auch in Wiesbaden. Was Wunder, daß die Malakow sagte: „Wenn das nur keine Verlobung gibt. Unverantwortliche Dummheiten muß man verhindern. Wir wollen Sie beobachten — die zwei. Kommen Sie mit, Leod!"

Und diese beiden entschwebten auch.

Daß sie den entgegengesetzten Ausgang hinausschritten, war ein Versehen.

Marow und Traute saßen allein. Sie hatten das Weggehen der anderen kaum bemerkt, so sehr waren sie im Gespräch vertieft.

Marow erzählte von Petersburg, von der russischen Gesellschaft, vom Hofe, von Petersburger Kathedralen und von der Kaiserlichen Eremitage, mit ihren unschätzbaren Kunstwerken und Kostbarkeiten.

Und Traute hörte ihm gern zu.

„Die große Katharina ließ diesen Traum von Pracht und Prunk erbauen und der ihn aufführte, hieß wie unsere Signora: de la Motte. — Ob sie das weiß, die Signora?"

„Ich glaube kaum," sagte Traute, „solche Dinge werden sie nicht kümmern. Sie kennt den besten Schneider jeder europäischen Residenz und die vorzüglichsten Liköre des Kontinents, das scheint ihr zu genügen."

„Leider vielen anderen Damen auch," sagte Marow resigniert und Traute erwiderte schelmisch: „Schließen Sie mich ein?"

„Um Goteswillen, Gnädigste, ich bitte! — Wie können Sie nur — — —"

„Sie würden sich auch irren, Herr Leutnant," antwortete sie treuherzig und setzte ohne jede Verlegenheit hinzu: „Noch bis vor wenig Wochen habe ich mir meine Kleider selbst genäht."

„Allerhand Hochachtung! Da sind Sie allerdings eine seltene Ausnahme unter den heutigen Damen der heutigen Zeit. Ich glaube, meine Tante weiß nicht mal, wie eine Nähnadel aussieht."

„Sie wird es nicht nötig haben, sie sich anzusehen," sagte Traute schlicht.

„Augenblicklich nicht. Gewiß! Jetzt ist sie eine reiche Frau. Sie hat Glück gehabt. Wer aber Glück hatte, kann auch wieder Unglück haben. Ihre Schwester — meine Mutter — war nur eine kleine Beamtenfrau."

„Und doch sind Sie Offizier?"

„Von Tante Malakows Gnaden oder dankbarer ausgedrückt: durch ihre Güte. Sie hat viel an mir getan."

„Sie sagen das so sonderbar, so — so —! Ich finde den richtigen Ausdruck nicht. So — als ob es Ihnen leid sei."

Marow erschrak fast über das feine Empfinden und die Hellhörigkeit dieser jungen Frau, die ohne Seele schien, weil sie unbeteiligt und fremd einer ihr neuen Umwelt gegenüberstand.

Suchend erst begann er zu sprechen, dann aber fand er sich in seinem eigenen Empfinden zurecht.

„Es sollte mir leid sein, gnädige Frau," sagte er und tauchte seinen Blick in ihre Märchenaugen, in deren geheimnisvollen Tiefen er sein Ich versinken fühlte. Ihm war, als gäbe er sich dieser Frau in dieser Minute für alle Ewigkeit zu eigen.

„Wenn ich wär, was Sie vorhin einen guten Menschen nannten," begann er wieder, „dann dürfte ich nicht an Ihrem Tische sitzen. Ich dürfte die Augen nicht zu Ihnen erheben. Ich müßte still beiseite treten."

„Warum, Herr Marow?"

„Ich kann Ihnen den Grund nicht sagen, gnädige Frau."

„Haben Sie kein Vertrauen zu mir?"

„Grenzenloses, gnädige Frau! Aber ich darf nicht, heute nicht, später vielleicht, nein, nicht vielleicht — bestimmt!"

„Dann — wohl — nie," antwortete Traute, „morgen reisen wir."

„Leider! — Sie werden nach Westen fahren, ich nach Osten. Weiten — unendliche — werden zwischen uns liegen und doch wird meine Seele immer bei Ihnen sein. Sie gehört Ihnen. Sie geht mit Ihnen!"

„Herr Leutnant!"

„Lassen Sie mich aussprechen, gnädige Frau. Bitte, lassen Sie mich! Morgen schon kann ich es nicht mehr. — Und doch, gnädige Frau, ich weiß es, ich fühle es — zwingend, wie man einen Schmerz fühlt — daß wir uns für Tage wohl, für Jahre vielleicht trennen, doch nicht für immer. Ich fühle es, wie ich Ihre Nähe fühle, daß wir uns wiedersehen. Einmal wiedersehen, um eins zu werden und eins zu bleiben."

Marow schwieg im tiefsten Erschüttertsein und Traute saß in seligem Bangen. Sie hatte Worte gehört, die ihr das eigene Herz schon zugeflüstert hatte, leise nur, doch deutlich, wie ein wunderbares Klingen. Das erstemal, wie sie mit zitternden Händen seinen Rosenstrauß gehalten, dann jede Nacht, wenn sie an ihn gedacht.

Ihr war, als schwebe sie auf Wolken und tausend Engel sängen Hosianna!

„Herr Leutnant," sagte sie mühsam und leise, „bitte, suchen Sie — meinen Mann. Ich — muß — nach Hause."

Marow erschreckt: „Was ist Ihnen, gnädige Frau?"

„Heim — muß — ich."

„Hab ich Ihnen weh getan?"

Da streckte sie ihm in rührender Güte, in Dankbarkeit und noch einem — anderen Gefühl die Hand hin.

„Nein," hauchte sie kaum, „Sie ließen mich — — in den Himmel sehen," und senkte den Blick zu Boden.

Und Marow küßte die Hand in beseligender Gewißheit Dann ging er.

* * *

Nach wenigen Minuten gingen sie alle.

Sie gaben den Scheidenden das Geleit und der Gedanken waren mannigfache und vielgeartete, mit denen sie — das letztemal gemeinschaftlich — durch Wiesbadens helle Straßen schritten.

6.

Tante Frieda war entsetzt, außer jeder Fassung, sie war gar nicht mehr Tante Frieda, als sie sich dem Hauptmann Mac Leod und seiner Gattin gegenübersah. Als ob sie Geister sähe, so starrte sie sie an.

Sie hatte aufgeatmet, als Mac gegangen war. Er hatte sich eine Frau genommen, der Schwiegervater hatte ihm Geld gegeben, er würde sich einen eigenen Hausstand gründen und sie so vor weiterem Aerger bewahren. Das hatte Tante Frieda geglaubt.

Nun stand er wieder vor ihr — liebenswürdig und verbindlich, wie immer, wenn er etwas wünschte oder zu erreichen suchte.

„Da sind wir wieder, Tantchen," begann er, „und müssen leider deine Güte in Anspruch nehmen."

„Güte," hauchte sie. „Ich denke, du bist auf der Hochzeitsreise?"

„War ich, Tantchen, war! — Ich bin zurückgerufen worden und weiß nun nicht wo unterzukommen."

„Um Gotteswillen! Und da soll ich wieder — — —"

„Erschrick nicht. Es ist nicht schlimm. Notbehelf nur. Nur für ganz kurze Zeit müssen wir dich belästigen, bis wir Wohnung gefunden haben." — Er faßte ihre beiden Hände. — „Ich weiß doch, daß du glücklich bist, meine junge Frau in ihre Obliegenheiten einführen zu können und ebenso glücklich, daß du ihr beistehen und sie beraten kannst. Das weiß ich doch, Tantchen! Ich kenn doch dein goldenes Herz. Hast mich doch auch immer so prachtvoll betreut. Haben uns doch immer glänzend verstanden."

„Gezankt haben wir uns, aber nicht verstanden."

„Bestes Tantchen, das sagst du ja nur so. Gezankt — wo denn? Du hast nur deine Meinung gesagt, hast mich erziehen wollen, hast's gut gemeint. Ich hab es nur nicht einsehen wollen, ich Schafkopp. Jetzt aber brauchst du dich nicht mehr ärgern. Seine kleine Frau hat ihn fest am Zügel. Jetzt sollst du Freude erleben, meine Liebe. Jetzt sollst du wieder jung werden und zufrieden."

Kurzum: Mac tat das, was man Einwickeln nennt und tat es mit ausgesprochenem Erfolg.

Nach einer knappen Viertelstunde war aller Widerstand gebrochen und Tante Frieda in jener Verfassung, die zu allem Ja und Amen sagt.

Er hatte sie sogar soweit gebracht, daß sie sich zu einem Abendbrot für die jungen Leute verstand.

„Tu das, Tantchen, du erwirbst dir einen Gotteslohn," ermunterte sie Mac und die alte Dame beeilte sich denn auch in der Küche den Tee zu bereiten.

„Das hätten wir notdürftig in Ordnung gebracht," sagte er, als sich die Tür hinter ihr geschlossen hatte. „Schön ist anders, aber immerhin — — —!"

Er sah Traute an, die mitten im Zimmer stand und mit enttäuschten Augen der Tante nachsah.

Sie hatte sich das anders gedacht — freundlicher, wärmer! Jedenfalls hatte sie nicht geglaubt, um Aufnahme bitten zu müssen. Hier war sie wirklich nur geduldet. Das fühlte sie mit erschreckender Deutlichkeit.

Sie dachte dem Grunde dieser Ablehnung nach und konnte ihn nicht finden.

Mac, der ahnen mochte, was in ihr vorging, nahm sie in die Arme.

„Nichts denken, Trautlieb, nichts denken. Es wird ja alles gut. Es ist ja nur vorübergehend. — Komm, gib mir einen Kuß."

Sie tat es. Hing an seinem Halse. Küßte sie und ließ sich wieder küssen. In seiner Liebe hätte sie ja den Tod vergessen.

Da platzte Tante Frieda herein. Wie die biblische Salzsäule stand sie diesem Faktum gegenüber.

Küsse! — — — In ihrem Hause — Küsse! In ihrem Beisein sogar?! — Das war noch nicht erlebt.